Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1927

24.6.1927 (No. 171)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Sterne u. Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21 Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsw. Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nr. 171 (10 Seiten) — **Karlsruhe, Freitag, den 24. Juni 1927** — **65. Jahrgang**

Die große außenpolitische Aussprache

Klare Stellung zu Rußland / Recht auf Rheinlandräumung / Abrechnung mit Poincare / Allgemeine Zustimmung

Berlin, den 23. Juni.

Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Am Regierungstisch Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die auswärtige Politik in Verbindung mit den Interpellationen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und der Kommunisten: Ueber die außenpolitische Lage.

Hierauf äußert sich

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

zur außenpolitischen Lage:

Ich begrüße es, daß die vorliegenden Interpellationen Gelegenheit geben zu einer Aussprache über die gegenwärtige außenpolitische Lage und über die Tagung von Genf.

Zu Rußland

Die kommunistische Fraktion des Reichstags glaubt in ihrer Interpellation, daß die Erörterungen in Genf den Zweck und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in die antisowjetrussische Front einzugliedern. Ich könnte mich in meiner Antwort auf das beziehen, was die russische „Iswestija" zur Völkerbundstagung gesagt hat. Sie erklärt, daß die Zustimmung Deutschlands zu den antisowjetrussischen Plänen nicht erlangt werden konnte. Sie führt dazu aus: Sie glaube nicht, daß dieser Umstand eine Niederlage Deutschlands auf der Ratstagung bedeutet habe.

Im Gegenteil habe Deutschland durch seinen Widerstand zweifellos auch volles Verständnis für seine Politik bei den übrigen Mächten gefunden und damit das politische Prestige Deutschlands in der Weltpolitik gestärkt.

Das ist die Auffassung eines der Sowjetregierung äußerst nahestehenden Organs.

Aber ich möchte diese außerordentlich wichtige Frage nicht damit allein abtun. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland würde ein Vorgang sein, der für die gesamte internationale Lage von größter Bedeutung wäre. Deshalb ist auch in Genf über dieses Thema zwischen den Vertretern der beteiligten Regierungen und mir vertrauensvoll und offen gesprochen worden. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte gesagt, daß sich in unserer bisherigen Außenpolitik nichts ändern werde, die durch die abgeschlossenen Verträge, besonders die Verträge von Locarno und Berlin und durch den Eintritt in den Völkerbund charakterisiert ist.

Ich kann auf das bestimmteste erklären, daß mir von einer Koalition gegen Sowjetrußland nichts bekannt geworden ist.

Ich habe vielmehr die Ueberzeugung gewonnen, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit haben sollen, ihre individuellen Interessen zu bestimmen.

Eine Intervention über die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes kann für uns nicht in Betracht kommen.

Darin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit allen anderen Staaten, daß wir einer weltrevolutionären Propaganda entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden.

Das hat mit irgendeiner gegen Sowjetrußland gerichteten Politik gar nichts zu tun. Das besondere deutsche Interesse geht ausschließlich dahin, an der Beseitigung aller Entspannungen zu arbeiten, die die friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa und in der Welt stören könnten. Dieser Absicht haben auch die Besprechungen gedient, die in der sog. Sechsmächtekonferenz stattgefunden haben. Schon im englischen Parlament ist erklärt worden, daß bei dieser Besprechung keine Verpflichtung von irgend einem Staat übernommen würde, weil keine verlangt worden war. Deutschlands besondere Lage gegenüber Sowjetrußland ist dabei offen von mir zum Ausdruck gebracht worden. Unsere Lage verlangt die wirtschaftliche Verknüpfung mit unseren Nachbarländern. Wir haben ein Interesse daran, in engen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen wie mit anderen Ländern, so auch mit Sowjetrußland zu stehen. Nur die Universalität der Beziehungen aller Völker, der Austausch geistiger und wirtschaftlicher Werte kann für die Menschheit von Nutzen sein. Von irgend einer gegen eine Macht gerichteten Aktion würden alle Mächte Schaden haben. Dieser allgemeine europäische Standpunkt ist auch der spezieell deutsche Standpunkt.

Zwei Spannungsmomente hat die letzte Zeit gebracht. Den Mord des russischen Gesandten in Warschau und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien. Es war zu befürchten, daß der Gesandtenmord in Warschau zu einer außergewöhnlichen Spannung zwischen Rußland und Polen führen könnte. Auf Grund unserer korrekten und guten Beziehungen zu Sowjetrußland waren wir berechtigt und verpflichtet, in freundschaftlicher Weise die Vertreter Sowjetrußlands darauf hinzuweisen, daß der bedauerliche Vorfall nicht zur Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe. Wir wollen den Frieden und befinden uns damit in Uebereinstimmung mit der Auffassung, die in den Genfer Besprechungen einmütig zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben inzwischen mit Befriedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrußland nicht die Absicht hat, diesen Zwischenfall irgendwie zu verschärfen, wenn die Haltung der polnischen Regierung dieselbe bleibt, wie sie bisher gewesen ist.

Zu Jugoslavien

Beim Abbruch der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien hat die Reichsregierung auf Grund von Besprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, jenem Komitee in Belgrad beizutreten, das im Fall von Grenzstreitigkeiten die Tatsachen feststellen und dadurch zur Entspannung beitragen soll. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung darüber erzielt, Jugoslawien und Albanien Vorschläge zur Lösung der Fragen zu machen, die zum Abbruch der Beziehungen geführt haben, um die normalen Beziehungen beider Länder wieder herstellen zu können. Ich gebe der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß das Zusammenwirken von England, Frankreich, Italien und uns dieses Ziel erreichen wird. Ich glaube, das hohe Haus ist damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte zur Entspannung der Lage zwischen anderen Staaten einsetzen. So lange wir eine gleichberechtigte Macht in dem europäischen Konzern sein wollen, können wir uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen.

Der Völkerbundsrat hat in dem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschließung der Reichsregierung zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz entschieden. Inzwischen ist auch das Comité Economique bereits auf den 12. Juli einberufen, um die praktischen Rückwirkungen der Beschlüsse auf dem Zolltarifgebiet vorzubereiten. Die überwiegende Mehrheit der in Genf vertretenen Regierungen hat ähnlich positive Erklärungen abgegeben wie wir. Der Vertreter Großbritanniens ersuchte um eine Abänderung der Entschließung nur deshalb, weil er noch keine formelle Erklärung seines Kabinetts abgeben konnte. Skeptische Einstellung allein ist das schlechteste Mittel, solche Aufgaben durchzuführen. (Zustimmung.) Die Reichsregierung wird sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen. (Rufe links: Auch Schiele?) Die Entschließung ist vom Kabinett einmütig gebilligt worden. (Lachen links.) Die zuständigen Körperschaften, der Reichswirtschaftsrat und der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags, werden sich schon in nächster Zeit mit einer Herabsetzung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben. (Rufe links: Na, na!!)

Abrüstung

Wir wünschen, daß das Abrüstungsprogramm entsprechend der klaren Forderung des Artikels 8 der Völkerbundssatzung gelöst wird. Leider ist es durch die Fülle der Beratungen und Resolutionen beinahe zu einer Geheimwissenschaft geworden. Dabei ist es doch nicht so kompliziert, wenn man es nur entschlossen angreift. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Welche von unseren Nachbarn werden von uns noch weitere Entwaffnung verlangen? Unsere Entwaffung ist doch das Aeußerste, was man fordern kann. Sie sehen also, zu den Abrüstungsverhandlungen gingen wir nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Ich habe in Genf erneut Zweifel geäußert, ob der gute Wille überall vorhanden ist, der Versprechung zur Abrüstung nachzukommen. Für den Völkerbund ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja eine Frage seiner Existenz. (Erneute Zustimmung.)

Die Erklärung der litauischen Regierung zu den Beschwerden der Memelländer gab dem Präsidenten des Völkerbundes Veranlassung zu der Erklärung, daß der Völkerbundsrat nun hoffentlich nicht noch einmal mit der Regelung dieser Frage befaßt werden müßte. Die Erklärungen Litauens enthielten die Zusage, daß der memelländische Landtag spätestens am 1. September gebildet sein werde und daß das Wahlrecht nur solche litauische Staatsbürger haben sollten, die ihren dauernden Wohnsitz im Memelland haben und daß die Regierung dem Landtag verantwortlich sein soll.

Meine Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten vor zwei Tagen in Berlin bestärkten mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu unterhalten

Der Redner bespricht dann das Verhältnis Deutschlands zu den in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächten und die Hinzuziehung eines Deutschen zur kolonialen

Mandatskommission

Die Mandatskommission besteht aus Mitgliedern verschiedener Nationalitäten, die besondere koloniale Erfahrungen besitzen, die aber nicht von ihren Regierungen abhängig sind. Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Auch der Völkerbund glaubt, uns nicht entbehren zu können Chamberlain führte zu dieser Frage im Rate aus, daß die Bundesversammlung erwarte, daß ein deutsches Mitglied für die Kommission ernannt werde. Er schlägt vor, diese Frage an die Mandatskommission zu überweisen in der Erwartung, daß die Kommission sie klärt, so daß der Rat im September die Ernennung eines deutschen Mitgliedes vollziehen könne. Da diesen Beschlüssen des Völkerbundsrates auch eine Vorbesprechung vorausgegangen ist, ist es bestimmt, daß im September die Hinzuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt. Mit Enttäuschung ist es aufgenommen worden, daß der Wunsch der Freien Stadt Danzig in bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Westerplatte noch nicht erledigt worden ist. Die Stadt Danzig will dem Völkerbundsrat neue Vorschläge unterbreiten, die auf eine andere Lösung der Differenzpunkte mit Polen zielt. Das war auch der Grund, der Danzig und uns veranlaßt hatte, nicht auf eine sofortige Entscheidung des Völkerbundsrates zu drängen.

Die Rheinlandräumung

Die stärkste Enttäuschung hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß die Frage der Truppenreduktion im Rheinland bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Es ist eine völlig falsche Annahme, wenn die französische Presse meint, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei.

Es handelt sich hier nicht um irgendeine Konzession, die von unserem Wohlverhalten abhängig wäre, sondern die Reduktion der Rheinlandstruppen bildet ein Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages abhängig war.

(Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir wollen das Prinzip anerkennen, daß Zusicherungen anderer Art loyal erfüllt worden sind, aber wir haben auf die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion einmal einen formellen und zweitens einen weit noch darüber hinausgehenden politischen Anspruch.

Der formelle Anspruch besteht in der unbedingten Klarheit der gegebenen Zusage. Es besteht kein Zweifel darüber, wer hier im Rechte sei.

Es hat auch die Gegenseite niemals versucht, unser Recht jemals in Frage zu stellen. Bei einer fühlbaren Verminderung der Truppen, die in nächster Zeit eintreten solle, kann es sich natürlich nicht um eine Verminderung von 4—5000 Mann handeln. In der Zusage heißt es auch, daß der Truppenbestand sich dem nationalen Tiefstand nähern soll. Das kann natürlich nur heißen, daß die Truppen auf die Tiefzahl vermindert werden sollen, die in der Vorkriegszeit von Deutschland im Rheinland unterhalten wurden. Die Erledigung dieser Frage ist eine Frage des Rheinlandes, das ein Recht auf die Verminderung der Besatzung hat.

Wenn das Mißtrauen in dem Wert zur feierlich gegebenen Zusage sich ausbreitet und erhärtet wird, durch die Nichterfüllung auf einem Gebiet, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zuversicht auf anderen Gebieten miterschüttert wird.

(Lebhafter Beifall.) Ich begrüße es deshalb, daß der engl. Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Zusage in derselben Weise ausgelegt hat wie wir. Der deutsche Botschafter hat in London über diese Erklärung eine Aussprache gehabt, und ihm ist versichert worden,

daß nach englischer Auffassung die Erledigung der Frage der Erfüllung der Leistungen nicht als eine Voraussetzung für die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion im Rheinland anzusehen ist.

Die Verteilung der Herabsetzung der Besatzungstruppen ist eine interne Frage der Besatzungsmächte. Die Frage ist eine Frage des Vertrauens geworden um die Ehrlichkeit unserer Vertragsgegner, und es liegt nicht an uns, sondern an der unglaublichen Hinauszögerung der Entscheidung, daß die deutsche Oeffentlichkeit die Geduld darüber verloren hat. (Lebhafter Beifall.)

Ostfestungen

Die Zerstörung der deutschen Ostfestungen kann in keiner Weise mit dieser Frage verquickt werden. Eine solche Verquickung ist von uns jederzeit abgelehnt worden. Nachdem sich das deutsche Kabinett entschlossen hat, ein oder zwei Experten zur Besichtigung der Ostbefestigungen einzuladen, so ist das lediglich ein Akt des Entgegenkommens, weil die deutsche Regierung nichts zu verbergen hat und weil die Ostfestungsfrage uns zu gering erscheint, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten zu werden. Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Oeffentlichkeit umso mehr empfindlich berührt worden, durch die Art und Weise, in der der französische Ministerpräsident Poincare in seiner kürzlich gehaltenen Rede geglaubt hat, das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnen zu wollen.

Poincare

Ich will auf die Betrachtungen Poincares über die Vorbereitungen der deutschen Kriegführung nicht eingehen. Ich bin der Ansicht, daß wir den großen Problemen der Gegenwart nicht damit näher kommen, wenn wir in den Akten zurückblättern.

Ich kann mir die Niederlage der gegen die deutsche Kriegführung gerichteten Vorwürfe ersparen; denn die Aufklärung der Weltöffentlichkeit ist zu weit vorgeschritten, als daß zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen noch Glauben finden. (Lebh. Zustimmung.) Erheblicher ist dagegen, was Herr Poincare über die Fragen der Gegenwart gesagt hat. Wenn er betont, daß er in keiner Weise die Herstellung guter Beziehungen zwischen unseren Ländern stören will, so kann er überzeugt sein, daß solche Worte in Deutschland stärksten Widerhall finden. Dann stellt Herr Poincare allen Ernstes die Behauptung auf, ich sei kein aufrichtiger Anhänger der Locarnopolitik.

Es bedarf keiner Auseinandersetzung über die Locarnopolitik, die klar und eindeutig ist und deren Durchführung von Deutschland niemals in Zweifel gestellt worden ist.

Warum bezieht sich Herr Poincare nicht auf die feierliche programmatische Erklärung, die Reichskanzler Dr. Marx nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an dieser Stelle abgegeben hat?

Da hat er ausdrücklich betont, daß die bisherige Außenpolitik fest auf der Grundlage der Locarnoverträge fortgesetzt wird. Er hat geschlossen mit den Worten:

Wenn er weiter sagt, Deutschland müsse erst einmal die Forderungen der Botschafterkonferenz in den einzelnen Fragen erfüllen und damit einen Beweis für seinen guten Willen liefern, so läßt sich eine solche Aeußerung nur so erklären, daß Herr Poincare infolge seiner Arbeitsüberlastung über die Dinge nicht mehr genügend informiert ist.

Am 12. Dezember v. Js. ist von den Mächten der Botschafterkonferenz in Genf mit Genugtuung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen eine Verständigung erzielt worden sei. Nur über zwei Fragen stehe die Verständigung noch aus. Die beiden damals noch ausstehenden Fragen war die Frage der Ostfestungen und der preußischen Polizei. Die Erfüllung der Forderungen in diesen Fragen ist aber bereits in der Durchführung begriffen. Was die sogenannten vaterländischen Verbände anlangt, so sind diejenigen, die sich den gesetzlichen Vorschriften entgegen mit militärischen Dingen befaßt haben, aufgelöst worden. Die Botschafterkonferenz selbst hat Ende Januar restlos anerkannt, daß ein Bedürfnis zu weiteren Auflösungen nicht vorliegt. (Hört, hört!) Die Bestimmungen des Versailler Vertrages über Munitionswerke sind im Einvernehmen mit der Botschafterkonferenz erfüllt. Von den freigegebenen alten Kasernen ist ein großer Teil bereits dem privaten Erwerbsleben zugeführt worden, und für die Verwertung der übrigen ist eine am 1. Januar beginnende Frist von fünf Jahren vereinbart worden.

Die Erklärung der Regierungsparteien

Berlin, 23. Juni. Funkspruch. Nach der Rede des Reichsaußenministers gab der Abg. Dr. Kaas (Z.) namens der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt:

„Das Deutsche Reich hat durch Taten bewiesen, daß es ihm mit einer ausgleichenden Zusammenarbeit der Nationen ernst ist. Die Haltung der deutschen Delegation bei der Beratung der Erhaltung des europäischen Friedens findet unsere Billigung. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß von keiner Seite der Versuch gemacht worden ist, Deutschland aus der durch die Verträge und durch sein eigenes Interesse ihm vor-

gezeichneten Linie in den Konflikt zwischen England und Rußland zu bringen. Wir begrüßen das Bestreben der Reichsregierung, unser Verhältnis zu Rußland frei und unabhängig zu gestalten und die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu pflegen, die für die geographische Lage Deutschlands und seine guten Beziehungen zu dem russischen Volke naheliegen. Mit Nachdruck weisen wir den Gedanken einer Einordnung Deutschlands in eine Angriffsfront gegen Rußland zurück. (Lebhafte Zustimmung!)

Das Ergebnis einer Interventionspolitik würde ein politisches und wirtschaftliches Chaos sein. Das schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewissen Betätigungsformen der sowjetrussischen Politik innerhalb seiner Landesgrenzen mit Nachdruck entgegenzutreten und sich der berechtigten Entrüstung anzuschließen, welche die Massenverurteilungen innerhalb der letzten Wochen in der gesamten Kulturwelt ausgelöst haben. Die Regierungsparteien sehen in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Staaten im albanisch-jugoslavischen Konflikt einen Beweis für die gleichberechtigte Großmachtstellung Deutschlands. Umso unverständlicher ist es, daß man uns immer noch die für jeden Staat selbstverständliche Souveränität vorenthält.

Kein Volk kann es vertragen, daß sein Gebiet von einer fremden Macht besetzt bleibt, nachdem die Voraussetzungen hierfür längst anderen Verhältnissen Platz gemacht haben. (Sehr richtig!) Nach der Annahme des Dawesgutachtens und angesichts seiner reibungslosen Durchführung, nach dem Abschluß der Locarnoverträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte die letzte Stunde fremder Besatzung auf deutschem Boden sofort schlagen müssen.

(Erneute Zustimmung.) Nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen ist durchgeführt worden, auf die Deutschland einen unbestreitbaren Anspruch hat. Und wie ist es seitens der drei Okkupationsmächte mit der These des gegebenen Wortes zu vereinbaren, daß die Zusage vom November 1925 bis heute noch nicht erfüllt ist?

Mit stärkster Enttäuschung entnehmen wir aus der Rede des Reichsaußenministers, daß es nicht gelungen ist, die diesem Ziel dienenden Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir erwarten bestimmt, daß es der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die Einlösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen und zwar ohne neue deutsche Konzessionen.

(Lebhafte Zustimung bei der Mehrheit.)

Die Erklärung der Regierungsparteien spricht ferner die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Lösung der Frage der Ostfestungen eine endgültige Bereinigung dieses Streitpunktes bringen wird und daß die Botschafterkonferenz, die ihre Funktionen reichlich erfüllt habe, aufgehoben wird.

Mit Befriedigung nimmt die Erklärung das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation für die Memelland-Deutschen zur Kenntnis, ebenso die Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission zu sichern. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auf der Septembertagung die Danziger Forderungen erfüllt werden. Der Redner gibt weiter der Enttäuschung über den Stillstand des Werkes von Locarno Ausdruck, der durch die Ausführungen Poincares bestätigt worden sei. Er führt aus:

„Wenn der Geist dieser Rede zum beherrschenden Agnus der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und auf eine dauernde Politik der Befriedung Europas aufgegeben werden müssen. Dann würde das Werk von Locarno zusammenbrechen, aber nicht durch unsere Schuld. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die bedeutungslosen Restbestände der Abrüstung können keinen Grund dafür abgeben, Deutschland in Verzug zu erklären. — Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich auch weiter von der kraftvollen Geltendmachung der deutschen Rechte, von dem Grundgedanken der Vertragstreue, ehrlichen Verständigungswillens und loyaler Mitarbeit an den Einrichtungen der Völkersolidarität leiten läßt. Diese Politik, die ohne Verletzung nationaler Lebensinteressen mit Kraft und innerer Ueberzeugung dem Aufbau europäischer Solidarität und der Friedensversicherung dienen will, findet in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes Zustimmung und Unterstützung.

Trotz herber Enttäuschungen ist Deutschland bereit, diese Politik tatkräftig fortzusetzen.

Nur wenn dem guten Willen Deutschlands auf Seiten der übrigen Mächte des Locarnovertrages die gleiche Gesinnung entspricht, nur wenn aus dem innerlichen Festhalten an dem Locarnogedanken ohne längeren Verzug die Taten erwachsen, die die übrigen Vertragspartner uns schulden, nur dann wird die zurzeit bestehende Spannung — die Krisis des Locarno-Gedankens — bald überwunden und der Weg für die europäischen Völker frei sein zu gemeinsamer und aufrichtiger Aufbauarbeit!

(Lebhafter Beifall.)

*

Abg. Breitscheid (Soz.) spricht seine Verwunderung über die Zustimmung der Deutschnationalen zur Erklärung der Regierungsparteien aus. Die magische Gewalt des Zentrums scheine ja Wunderkraft zu besitzen. (Heiterkeit.) Der Redner fährt fort, die Sensationen lägen auch in Genf nicht immer auf der Straße. Dr. Stresemann ist kein Vorwurf zu machen, daß er die memelländische Frage zur Sprache gebracht hat. Hoffen wir, daß Litauen seine Pflicht erfüllt. Hier haben wir einen Beweis für den Wert der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund, ähnlich ist es in der Danziger Frage. Der Redner stimmt der Feststellung des Ministers zu, daß Deutschland das moralische Recht auf die Abrüstung der großen Staaten habe. Jetzt sollten die Völker dafür sorgen, daß ihre saumseligen Regierungen energischer vorgehen. Her Stresemann hält immer schöne Reden, wenn er der Aufsicht seiner strengen deutschnationalen Schulmeister entrückt ist. (Heiterkeit.) So sprach er sich in Genf für freie Selbstwirtschaft aus, während in Berlin kurz darauf Herr Schiele neue Zollerhöhungen verlangte. Es scheinen doch Unstimmigkeiten in der Regierung zu sein. Der Völkerbund sollte endlich einmal mit der Geheimdiplomatie aufräumen, wie sie in Genf noch geführt wird. Wir wollen mit Rußland gute Beziehungen, und wahren uns gegen eine Front gegen Rußland. Leider scheinen die Deutschnationalen nicht derselben Ansicht zu sein. Wir wahren uns gegen eine aktive Kolonialpolitik Deutschlands, weil wir dadurch in imperialistische Konflikte hineingezogen werden können. Der Anspruch Deutschlands auf Räumung des Rheinlandes ist durchaus berechtigt. Die Rede Poincares hat die Lage gewiß nicht gebessert. Wenn die Deutschnationalen den Mißerfolg von Genf scharf kritisieren, so treffen sie damit sich selbst, da sie in maßgebender Stärke in der Regierung sitzen. Seit die Deutschnationalen in der Regierung sind, häufen sich die Schwierigkeiten. Sie tragen die Verantwortung für alle Mißerfolge. Die Sozialdemokratie wird den Weg der Verständigung weiter gehen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen.

Das internationale Abkommen über einheitliche Feststellungen von Regeln über die Immunität der Staatsschiffe wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 15 Uhr. Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache. Verlängerung des Fürstenabfindungssperrgesetzes.

Schluß 18.45 Uhr.

Die Genfer Seeabrüstungsverhandlungen

Genf, 22. Juni. Funkspruch. Das gestern eingesetzte technische Komitee der Drei-Seemächtekonferenz ist heute zusammengetreten, um die Flottenabrüstungsprogramme der an der Konfrenz beteiligten Regierungen zu prüfen und Vorschläge für die voraussichtlich erst in der nächsten Woche wiederstattfindenden Vollverhandlungen der Konferenz auszuarbeiten. Der genaue Termin für die nächste Vollsitzung der Konfrenz steht noch nicht fest. Seine Festsetzung wird vielmehr erst nach Eingang der Antworten der drei Regierungen auf die Abrüstungsvorschläge der anderen Verhandlungspartner erfolgen. Gleichzeitig haben heute auch Besprechungen zwischen den Delegationsführern stattgefunden und zwar zwischen Botschafter Gibson und dem japanischen Delegierten Admiral Saito sowie den drei Delegationsführern gemeinsam.

Von seiten der amerikanischen Delegation wird darauf hingewiesen, daß die in dem englischen Flottenabrüstungsprogramm vorvorgesehene grundlegende Umgestaltung des Washingtoner Abkommens insofern nicht zweckmäßig wäre als nach Ablauf des Abkommens im Jahre 1931 eine neue Konferenz der großen Seemächte unter Teilnahme Italiens und Frankreichs vorgesehen sei. Zu der im englischen Abrüstungsprogramm zutage getretenen Tendenz zum Bau nur kleinerer Schiffstypen wird in Kreisen der amerikanischen Delegation erklärt, daß dadurch die militärische Bedeutung der Handelsflotte außerordentlich erhöht und deren Einbeziehung in die gegenwärtige Abrüstungsdebatte notwendig gemacht würde.

Das amerikanische Seeabrüstungsprogramm unabänderlich.

Newyork, 23. Juni. Funkspruch. Die Washingtoner Regierung hat der Delegation für die Genfer Seeabrüstungskonferenz Instruktionen für die weiteren Verhandlungen übersandt. Danach hat die Delegation sich klar vor Augen zu halten, daß Amerikas Vorschläge keine nennenswerte Aenderung erfahren dürfen, da sie die Grenze amrikanischer Zugeständnisse darstellen. In politischen Kreisen wird erklärt, Amerikas Regierung sei sich klar darüber, daß der Kongreß niemals die Genfer Abmachungen ratifizieren werde, falls sie eine bedeutende Aenderung des amerikanischen Programms bringen würden.

Japanisch-amerikanische Allianz gegen England?

Genf, 23. Juni. Funkspruch. In einem Genfer Morgenblatt wird heute scheinbar von französischer Seite auf die Möglichkeit einer japanisch-amerikanischen Allianz auf der Seeabrüstungskonferenz mit der Front gegen England hingewiesen. Das Blatt macht sodann nähere Mitteilungen über die gestrigen Unterredungen zwischen dem japanischen Admiral Saito und dem Amerikaner Gibson. Danach habe Saito zu verstehen gegeben, daß Japan der Ausdehnung des in Washington aufgestellten Stärkeverhälnisses von 5 : 5 : 3 auf die leichten Seestreitkräfte nicht zustimmen könne. Japan sei bereit, Amerika in allen anderen Streitfragen zu unterstützen und insbesondere keine Diskussion über die in Washington festgelegten Grundsätze für die Beschränkung der Großkampfschiffe zuzulassen. Japan stelle jedoch hierbei zur Bedingung, daß für alle Kategorien der leichten Seestreitkräfte in Genf ein Stärkeverhältnis von 8 : 5 : 4 festgelegt werde.

Irische Parlamentseröffnung

London, 23. Juni. Funkspruch. Das neue irische Parlament tritt heute in Dublin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Man erwartet, daß heute die Deputierten den Eid leisten werden mit Ausnahme der von de Valera geführten Republikaner, denen dann das Recht der Mandatsausübung verweigert werden würde. Man rechnet mit großen Demonstrationen, da aus allen Teilen des Landes zahlreiche Republikaner in Dublin eintreffen. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen sind daher getroffen worden.

Spaniens Ansprüche in Tanger

Paris, 23. Juni. Das „Journal" meldet aus Madrid, der Ministerrat habe gestern die spanische Antwortnote in der Tangerfrage gebilligt. In dieser Note werde unter Berufung auf die militärischen Erfolge die Erfüllung der spanischen Forderungen verlangt, denn es sei bewiesen, daß Spanien die Polizeigewalt in seiner Zone durchzuführen in der Lage sei. Die Note werde in Madrid für so gewichtig gehalten, daß die künftige Fortführung der Tangerverhandlungen von der Aufnahme in Frankreich abhängen werde.

Eine Kollektivnote der Großmächte an Jugoslavien

Prag, 23. Juni. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad: Die Gesandten der vier Großmächte suchten gestern beim Minister des Aeußern Marinkowitsch um eine Audienz nach, um ihm eine Kollektivnote der Mächte bezüglich eines gütlichen Beilegens des Konfliktes mit Albanien vorzulegen. Der Minister Marinkowitsch wird die Gesandten heute Mittag um 1 Uhr empfangen. Angesichts der versöhnlichen Haltung der Belgrader Regierung, hält man es in diplomatischen Kreisen für möglich, daß Minister Dr. Marinkowitsch den Wünschen der Großmächte unter der Bedingung entgegenkommt, daß auch die albanische Regierung den Wünschen der Großmächte Folge leistet.

Vor der Auflösung des polnischen Sejms?

Warschau, 22. Juni. Funkspruch. Von authentischer Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung fest entschlossen sei, den Sejm im Zusammenhang mit der Annahme des Selbstauflösungsgesetzes noch in dieser Woche aufzulösen. Gewisse Bedenken hege allein der Staatspräsident. Man glaubt jedoch, daß er, Pilsudski nachgeben werden müsse.

Vertragloser Zustand?

Vor dem Ende der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 23. Juni. Funkspruch. Gegenüber den heute früh in der französischen Presse veröffentlichten offiziösen Kommunique über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird von zuständiger deutscher Stelle erklärt, daß die französische Delegation der deutschen einen Vorschlag überreicht hatte, der zur Prüfung nach Berlin übersandt wurde. Ob dieser Vorschlag zu einem Ergebnis führen wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen. Bekanntlich läuft das provisorische Handelsabkommen am 30. Juni ab. In dieser kurzen Zeitspanne wird es kaum möglich sein, eine definitive Einigung zu erzielen, da die zu behandelnde Materie sehr schwierig ist. Es besteht daher die Gefahr, daß zwischen Deutschland und Frankreich am 1. Juli ein vertragsloser Zustand entsteht.

Die Pariser Presse skeptisch.

Der offiziöse „Petit Parisien" erklärt, die Besprechungen würden allerdings fortgeführt, aber es bestehe wenig Aussicht für eine Verständigung. Das Blatt gibt zu, daß daran in hohem Maße das Fehlen eines französischen Zolltarifes schuld ist, versucht aber, die Verantwortung der maßgebenden französischen Kreise abzuschwächen, indem es erklärt, daß die deutschen Vorschläge für die Verlängerung des gegenwärtigen Provisoriums unannehmbar seien.

Das „Echo de Paris" schreibt: Ministerialdirektor Posse habe in seiner gestrigen Unterredung mit Bokanowski auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die das Fehlen eines französischen Zolltarifes in den gegenwärtigen Verhandlungen hervorriefe und meint, daß unter diesen Umständen der Abschluß eines Handelsvertrages kaum möglich erscheine.

Der „Excelsior" veröffentlicht ein offizielles französisches Kommunique über die Unterredung zwischen Posse und Bokanowski. Danach habe sich die Unterredung, die über zwei Stunden dauerte, in erster Linie auf die Verlängerung des provisorischen Handelsabkommens bezogen, das am 30. Juni abläuft. Die deutschen Delegierten — so heißt es in dem Bericht — hätten den französischen Handelsminister darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag infolge des Fehlens jeder Grundlage für die neuen französischen Zollsätze immer schwieriger gestalteten. Das Blatt erklärt, Belgien und die Schweiz hätten bei ihren Verhandlungen mit Frankreich auf die gleichen Schwierigkeiten hingewiesen. Ein Abbruch der Verhandlungen würde für die Wirtschaft, sowohl Deutschlands wie Frankreichs eine schwere Schädigung bedeuten.

Die badische Regierung beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Juni. Heute Mittag ½2 Uhr fand beim Reichspräsident ein Essen zu Ehren der zur Zeit in Berlin weilenden badischen Staatsregierung statt.

Badens Anteil am Ertrag der Reichssteuern

Karlsruhe, 23. Juni. Die tatsächlichen Ueberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer, sowie aus der Umsatzsteuer haben im Rechnungsjahr 1926 die im Hauptvoranschlag eingestellten Beträge erheblich überschritten: auch das Jahr 1927 bringt (zumteil infolge der Uebergangsregelung des Finanzausgleichs) wesentliche Mehreinnahmen. Diese betragen für 1926 8 978 000 RM., für 1927 nach der Schätzung des Reiches 14 829 000 RM., zusammen somit 23 807 000 RM. oder im Jahresdurchschnitt 11 903 500 RM. Die Gemeinden und Kreise haben von den Mehrüberweisungen erhalten: 1926: 5 071 000 RM.; sie werden für 1927 noch erhalten 7 414 500 RM.

Aus der Kraftfahrzeugsteuer kann für beide Jahre mit einer Ueberweisung von 8 173 000 RM. pro Jahr, also durchschnittlich mit einer Einnahme von 4 086 500 RM., d. i. gegenüber dem Voranschlagssatz ein Mehr von 561 500 RM. — Die Ueberweisung aus der Rentensteuer bringt eine Mindereinnahme von 200 000 RM. jährlich. — Der Biersteueranteil Badens erfährt eine Erhöhung, die für 1926 auf 384 000 RM. und für 1927 auf 3 Millionen geschätzt wird.

Beamten und Heimstättenbau

Der Beamtenausschuß des Reichstags hat nunmehr den Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau durchberaten und den Entwurf mit einigen Aenderungen dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Zustimmung in Vorlage gebracht. Außerdem schlägt der Ausschuß vor, folgende Entschließungen anzunehmen:

a) Die Reichsregierung zu ersuchen, in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau der Sparorganisation zur Pflicht zu machen, jedem Bausparer vor Abschluß des Sparvertrags eine schriftliche vom Reichsarbeitsministerium im Wortlaut gebilligte Belehrung zu unterbreiten, die dem Sparer völligen Aufschluß über die finanzielle Bedeutung und die Bindung gibt, die der Vertrag für ihn enthält.

b) Die Reichsregierung zu ersuchen,
1. denjenigen Reichsbeamten, die Bausparer im Sinne des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau geworden sind, aber aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen zur Kündigung ihrer Verträge genötigt waren, Darlehen gegen Verpfändung ihrer Sparverträge zu gewähren.
2. den Ländern, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts ein gleiches Vorgehen zugunsten ihrer Beamten zu empfehlen.

c) Die Reichsregierung zu ersuchen, bei Begebung von Arbeitgeberdarlehen zum Bau von Beamten-Eigenheimen soweit wie tunlich aus den bereitgestellten Mitteln besonders Beamten mit kinderreichen Familien und solche der unteren Gruppen zu berücksichtigen.

Der „Petershof", ein neuer Leipziger Meßpalast.

In der Petersstraße in Leipzig, also in bester Messelage, ist mit dem Bau eines neuen großen Meßpalastes, des „Petershof", begonnen worden, bei dem alle Erfahrungen ausstellungs- sowie verkehrstechnischer Art Berücksichtigung finden werden. Der „Petershof" wird 1928 fertiggestellt sein. Er ist als Meßhaus für das Kunstgewerbe sowie die Geschäftszweige vorgesehen, die in dem alten Meßhaus „Reichskanzler" vertreten waren. Die bisherigen Aussteller des Meßhauses „Reichskanzler" werden bis zur Fertigstellung des „Petershof", soweit sie der Spielwaren-Industrie und verwandten Geschäftszweigen angehören, vorübergehend im Ring-Meßhaus untergebracht, die Firmen der Musik-Industrie im Musikmeßhaus Konservatorium und die Firmen der Haus- und Küchengeräte-Industrie und verwandter Geschäftszweige im Conzentra-Meßhaus.

Eine unhaltbare Formel

Von Dr. Otto Färber.

Die nachstehenden Ausführungen geben wir als beachtliches Stimmungsbild über unseren gegenwärtigen außenpolitischen Kurs wieder, ohne daß wir uns in allen Teilen mit der Ansicht des Verfassers einverstanden erklären können.

Unsere Außenpolitik hat sich seit Jahren auf die Neutralitätsformel bezüglich Ost und West versteift. Ein großer Teil unserer Presse sekundiert ihr dabei, und man hat das Gefühl, daß sich die Vertreter dieser scheinbaren Neutralität nicht wenig auf die Klugheit und Wirksamkeit dieser Formel zugute tun.

Die gegenwärtige politische Lage gestattet aber dem deutschen Volke nicht länger den Luxus, in einer an „Vorkriegsruhe" erinnernden Weise weiterzustolpern, bis unangenehmes Erwachen und erstaunte Gesichter beweisen, wie wenig die deutsche Oeffentlichkeit von der Abwegigkeit unserer derartigen Außenpolitik unterrichtet war.

Die Zeit, unsere Außenpolitik zu größerer Wachsamkeit, mehr aber noch zu größerer Prinzipienfestigkeit zu mahnen, ist gekommen. Nicht etwa erst durch den englisch-russischen Konflikt. Dem aufmerksamen Beobachter der weltpolitischen Vorgänge konnte seit Jahren nicht mehr entgehen, daß nicht nur die praktischen Erfolge unserer Politik sich mindern, daß das laue Mittelmeer der Weltmeinung sich in Polareis verwandelt. Die zunehmende Zurückhaltung Deutschland gegenüber, das Mißtrauen und die mangelnde Achtung kommen sicher nicht von nichts, und es wäre ein großer Irrtum, alle Erfolge für das Rheinland, das uns über alles am Herzen liegen muß — wie auch die Grenzmarken — von der gegenwärtigen Politik zu erwarten. Denn nichts straft sich in der Außenpolitik mehr als das Vertauschen von Ursache und Wirkung, von Mittel und Zweck.

Ein Hauptirrtum ist die bereits wieder zu sträflicher Philisterruhe führende Formel: „Neutralität zwischen Ost und West", — die größte Gedankenlosigkeit der Nachkriegszeit.

Ehe wir aber darauf eingehen, sei hier der Vollständigkeit halber wenigstens angedeutet, daß die übrigen Ursachen außenpolitischer Stagnation bezw. antideutscher Verschärfung leider nach wie vor bestehen. Die Personenfrage, Eignungs- und Berufsbildungsfrage, die Vernachlässigung des Paritäts- und Kulturgedankens, die mangelnde Einfühlung und Einstellung zur außendeutschen Welt und vor allem die Gleichgültigkeit gegenüber dem Reichsinnenministerium bei der Struktur, Aufklärung und Sammlung des Volkes auf der Basis echten großdeutschen Gemüts und allgemein menschlicher Vernunft, sowie auch der mannhaften Wahrhaftigkeit gegenüber den letzten Dezennien deutscher Geschichte. Es gilt aber der Satz: So wichtig eine gute Außenpolitik für ein Volk ist, so wichtig ist auch ein an sich klares und ehrlich zusammenstehendes Volk für die Außenpolitik. Besonders das zentrale europäische Volk kann weder von äußeren Konflikten freibleiben, noch in etwaigen Konflikten bestehen, wenn diese Prinzipien vernachlässigt werden.

Die Minderung unserer Situation ist so beträchtlich, der Stimmungswechsel in der auswärtigen Presse z. T. so auffällig, daß es höchste Zeit wird, die Ursachen einzusehen und Abhilfe zu schaffen.

Die Formel: Neutralität zwischen West und Ost, z. B. zwischen Rußland und England ist brüchig. Sie ist aber wesentlich schuld am außenpolitischen Abgleiten. Deutschland hat mit dieser Formel bis jetzt keinen, wenn auch noch so kleinen, Vorteil errungen. Das auf ganz falschen Voraussetzungen basierende ostwärtige Anschlußbemühen hat uns wirtschaftlich noch nichts gebracht, was wir dort nicht auch so hätten erlangen können. Das Probieren machtpolitischer Trümpfe imponierte nur uns selbst, nicht aber der Welt. Die Verschärfung mit Polen, die Versteifung in Frankreich, die noch nachsichtige Mißachtung in England und Amerika lassen sich in Kausalzusammenhang zu den für so klug angesehenen Ostverträgen mit dem unmöglichsten aller Vertragspartner bringen. Man hat im deutschen Volk trotz offiziöser Presseeinstellungen noch genug gesunden Sinn, um zu verstehen, daß sowohl unsere heutige Situation, unsere Rechte und Pflichten, aber auch der russische Staat, etwas anders geartet sind als damals, da Wilhelm II., die Verbindung mit Rußland unterließ.

Die Verbindung mit Rußland nach dem Weltkrieg kam im ungünstigsten Moment gerade deshalb, weil sie mit einer wahren europäischen Einstellung und „Neutralität" unvereinbar ist. Sie machte nicht den Eindruck, den man erhoffte, sondern wirkte nach dem Vorausgegangenen fast als Herausforderung, mindestens aber als Warnung, selbst für gemäßigte und befreundete Staaten.

Der Vertrag wurde nicht mit einem unproblematischen Rußland geschlossen, sondern mit einem in rascher Entwicklung begriffenen, gebrandmarkten Staatswesen. Mit einem „Staatswesen", das fanatischer Völkerbunds- und Europafeind zu sein, offen bekennt. Man versteht doch heute Psychologie und wird einsehen, wie man über unsere Ehrlichkeit und neue Gesinnung denken, wie Polen, der letzte europäische Vorposten im Osten, alarmiert werden mußte, da es sich von einem Völkerbundsmitglied derartig preisgegeben sah. Eine politische Notwendigkeit oder Klugheit verlangt die durch andere inoffizielle Tätigkeit verstärkte Anbiederung an Rußland nicht. Denn politisch notwendig ist nur das, was drohende Gefahren beseitigt — und sagen wir es: ohne moralische Prinzipien zu verletzen, — oder ohne neue Feinde zu machen, positiven Nutzen von erheblicher Bedeutung bringt. Dem solidarisch denkenden und europäisch fühlenden Deutschland droht keine Gefahr, nicht etwa im Hinblick auf die psychische Macht des Völkerbundes, vielmehr aus inneren Gründen und der Macht des Geistigen. Deutschland achtet aber heute schon wieder diese Macht des Geistigen nicht allzu hoch und spielt mit merkwürdigen Machtsicherungsideen. Man unterließ selbst die Probe auf den Völkerbund und entwertete dieses Instrument, ehe man es spielte.

Westorientierung? Auch diese Front ist gegenstandslos. Für Deutschland gibt es überhaupt nur europäische Orientierung. Diese allein könnte ihm Ansehen und moralische Macht geben. Aber nur der wird sich europäisch orientieren können, der erkennt, daß Rußland nichts mit oder in Europa zu schaffen hat.

Das Verkennen unserer Außenpolitik besteht in der Tatsache, daß wir außer einer verfahrenen Situation und der vagen Aussicht auf zukünftigen „Kriegsgewinn" nichts dadurch erreichten. Auch wirtschaftlich nichts. Rußland konnte uns ohne Rapallo und Berlin auch nicht mehr und nicht weniger bieten. Vielleicht hätten wir bei anderer Haltung bessere „Geschäfte" gemacht.

Ist es nicht eine Demütigung für die Deutschen, die nicht ganz auf materialistischem Standpunkt stehen, zu sehen, wie heute Englands Vorgehen in Amerika und überall in der gesitteten Welt akklamiert wird? Hat man in Berlin ohne Beschämung Herricks Rede gelesen? Hier handelt es sich nicht um eine Anerkennung aller britischen Motive und Taten, sondern darum, daß wir durch unsere Pakte mit Rußland unseren Ruf geschädigt, Unruhe nach Europa getragen und die einzig wahre Neutralität verletzt haben, nach Geist und Buchstaben.

Für das Völkerbundsmitglied Deutschland ist es unmöglich, Nachbarstaaten, die Mitglieder sind, auf gleiche Stufe zu stellen wie das gebrandmarkte Rußland, das durch Lage und Geschichte dazu berufen ist, politische Betätigung nach außen auf Jahrzehnte aufzugeben.

Dieser Standpunkt mag überraschen, aber es wird m. E. die Ueberzeugung weitester Kreise werden, daß nur die europäische Solidarität für uns wahre Neutralität bedeutet, aber alle Seitensprünge und wertlosen Vertragsdemonstrationen mit Völkerbundsgegnern unsere Lage besonders in den Rheinlanden nur verschlimmern.

Erfolge ohne Charakter lehnen wir ab, Charakter- und Erfolglosigkeit ist zu viel; mit Charakter und Erfolg ist unsere Außenpolitik durchaus möglich. Man verlasse darum die bisherigen Wege. Rußland muß sehen, daß es nicht berufen ist, sich in Europa so oder so einzumischen. Nur unsere Solidarität wird diesen Staat zur Besinnung bringen.

Baden

Ueber den Reichsschulgesetzentwurf

der nach Meldung aus Berlin fertiggestellt ist, erfährt man einstweilen folgendes:

Die Vorlage wird jetzt zunächst noch maßgebenden Instanzen in der Regierung und im Parlament, namentlich den Führern der Regierungsparteien mitgeteilt, ehe die Vorlage offiziell in das Reichskabinett kommt. Man hat naturgemäß den Wunsch, dem Kabinett erst dann die Vorlage zu unterbreiten, wenn einigermaßen Sicherheit darüber besteht, daß innerhalb des Kabinetts keine die Vorlage gefährdenden Einwendungen erhoben werden, und daß dasselbe auch bei den Regierungsparteien der Fall ist. Die Grundbestimmung des neuen Gesetzes besteht darin, daß die drei Schularten und zwar die Bekenntnisschule, ferner Simultan, also gemeinschaftliche Schule und die weltliche Schule als gleichberechtigt angesehen werden sollen. Die konfessionelle Schule muß nach dem Charakter der betreffenden Konfession, also als katholische, evangelische oder jüdische Schule kenntlich gemacht werden. Für die Bekenntnisschule wird ausgesprochen, daß sie im Sinne des betreffenden religiösen Bekenntnisses ihre gesamte Unterrichtstätigkeit zu gestalten habe. Die früher geprägte Formel, die vom „Geist des Bekenntnisses" spricht und die damals auch von der Deutschen Volkspartei angenommen worden war, findet sich jetzt nicht mehr, und zwar weil die Deutsche Volkspartei heute diese Formulierung nicht mehr anerkennen würde.

Auch für die Einrichtung von Privatschulen unter staatlicher Aufsicht ist Sorge getragen für den Fall, daß sich die Einrichtung einer ordnungsgemäßen Schule, für die man eine Schülerzahl von 30 bis 40 vorsieht, nicht ermöglichen läßt. Wichtig sind Bestimmungen, die einzelnen Ländern die Ueberleitung ihrer jetzigen Schulverhältnisse in die von dem Reichsschulgesetz geforderte Regelung ermöglichen. Das trifft insbesondere für Hessen-Nassau und Baden zu, wo lediglich die Simultanschule besteht. Es soll Gelegenheit gegeben werden, diese Schulen entsprechend dem Verlangen der Eltern in die im neuen Reichsschulgesetz vorgesehenen Schularten überzuleiten.

Ueber die näheren Einzelheiten des Gesetzentwurfs ist im Augenblick noch nichts bekannt. Ueber die Grundzüge haben naturgemäß mit den Führern der Regierungsparteien schon seither Verhandlungen stattgefunden, sodaß in großen Zügen die Billigung dieser Parteien für den Entwurf zu erwarten ist. Allerdings hat die Deutsche Volkspartei gewisse Vorbehalte auch hinsichtlich der Formulierung der Einzelbestimmungen gemacht und selbstverständlich ist innerhalb des Zentrums eine Blankozustimmung im voraus nicht gegeben worden. Man will nun den Wortlaut des Entwurfes abwarten, um danach die Stellungnahme endgültig einzurichten.

„Der Weg zum Frieden?"

Vom hohen Schwarzwald wird uns geschrieben:

Ausgerechnet am Fronleichnamstag, als man sich allerorten zur Prozession rüstete, wurde in den entlegensten Behausungen des Schwarzwaldes ein Schriftchen ausgetragen, „Der Weg zum Frieden" eine Schrift „für alle, ob Jud, Heid oder Christ," ein Traktätchen gewöhnlicher Sorte. Die Nummer beginnt mit dem schönen Satz „Alles neu macht der Mai . . . ."

Wir können uns nicht recht vorstellen, was man mit solchen Dingen erzielen will. Es ist zwar erfreulich, daß es Menschen gibt, die Zeit und Geld opfern zur Hebung der Religiosität ihrer Zeitgenossen. Daß hier ein weites Feld der Betätigung vorliegt, bestreitet keiner, der sich auskennt. In diesem Fall hat man sich aber an die falsche Adresse gewandt. Der katholische Schwarzwälder hat seine religiöse Ueberzeugung und Gewöhnung. Besonders das Fronleichnamsfest ist für ihn ein Ereignis und eine große religiöse Erhebung. Daß man ihm gerade an diesem Tag ein protestantisches Traktätchen unter die Haustür schiebt, empfindet er mit Recht als eine Beleidigung und Verhöhnung seiner gläubigen Ueberzeugung. Mit solchen Dingen möge man zu Hause bleiben. Unter den eigenen „Glaubensgenossen" fehlt der Glaube weitgehend, da ist viel Gelegenheit zur „Evangelisation". Dort möge man anklopfen bei allen „ob Jud, Heid oder Christ". Wenn es gelingt, die religiöse Versandung aufzuhalten, freuen auch wir uns und begrüßen es im Interesse des Volkes und der Religion.

Solange diese Herren sich aber an das katholische Volk wenden, müssen wir uns ihr Treiben als unbefugte Einmischung verbitten. Dieses Treiben ist nichtsnutzig und böswillig. Es geht darauf hinaus, Verwirrung unter das gläubige Volk zu tragen. Wir bitten die Verantwortlichen und die Rechtlichdenkenden im protestantischen Lager

Soldaten und Wölfe

Roman von Heinz Steguweit.

13)

Im Schloß hatte Anja ihr Klagelied beendet. Ihre schlanken Finger lagen noch auf den Tasten der kleinen Orgel. Fedor trat zu ihr, hing ihr einen wollenen Mantel um, daß sie nicht friere. Er fürchtete für ein neues Fieber der armen, hilflosen Herrin. Er sprach: „Anja Petrijy, was soll geschehen mit uns? Wir sind gefangen und geopfert! Was beschließt die Herrin in unserer Not?"

„Ich weiß es nicht, Alter, ich denke es nicht aus. Wer soll uns retten? Wer? Rußland hat keine Helden mehr, keine Helfer den Hilflosen!"

Fedor stand und sann nach. Ruhe ging wieder aus von ihm, denn er war ja treu und ohne Schuld. Da griff Anja wieder nach seinen kalten, vor Frost starren Fingern:

„Fedor!"

„Herrin, ich diene!"

„Fedor, ich wollte tückisch werden und vermag es nicht; wir wollen Zeit suchen, nur Zeit, laß Dimitri melden, er möge kommen, seine Herrin wolle das heilige Gesetz geschrieben sehen!"

Fedor neigte den Kopf und ging. Anja kniete abermals nieder am Altar, für die Seele des erschlagenen Gatten zu bitten. Daß sie so vieles zu tragen vermochte, das ließ sie mehr verzweifeln als die Qualen des Schicksals selbst. Sie fand sich nicht zurecht, ein Geheimnis mochte ihre Seele stärken —, sie wußte es selber nicht. Sie ließ sich von einem harten Schicksal prüfen und wollte die Prüfung bestehen.

XIII.

In Lamschau tagte das Militärgericht schon viele ratlose Stunden lang. Der Fall war einzig, und seine Gerechtigkeit war schwer, zumal der Schuldige keine Verteidigung zuließ, sich selber verdammte, mehr noch, als die härtesten Richter anerkennen wollten. Es saßen nur zwei Zeugen am Tisch, die zu sprechen hatten. Gillis und die Schwester von Ostrowa. Gillis blieb dabei: „Thies Zumbusch hat den Leutnant von hinten angefallen, sie haben gerungen, ich habe es gesehen; dann hat der Leutnant geschossen."

Die Schwester von Ostrowa sprach:

„Ich hörte, wie sich der Leutnant des Mordes bezichtigte; ich kann nur bezeugen, daß der Arzt sofort einen krankhaften Affekt bei ihm feststellte."

Beides besagte wenig. Die Zeugen wurden entlassen. Gilles zur Truppe. Die Schwester nach Ostrowa. Neben Werner Helms saß der Kommandeur vom Stab in Jarossowa. Dieser graue General war schweigsam und bedrückt, denn das Schicksal seines jüngsten Offiziers quälte ihn. Werner Helms aber hockte stier auf seinem hölzernen Schemel. Er hielt die Hände vor sich, als trüge er Ringe und Fesseln um die Gelenke. Unrasiiert war er, ungekämmt, denn er hatte schon lange keine innere Kraft mehr, sich zu pflegen und zu glätten. Er dünkte sich ewig verworfen. Dieser junge Mensch war zerbrochen wie ein Degen; er fürchtete kein Urteil, das schlimmste war ihm und seiner Reue nicht Sühne genug. Er trug die Briefe seiner Brüder ungeöffnet in der Rocktasche; sie fragten nach seinem Befinden, denn er hatte wochenlang kein Zeichen mehr gegeben. Werners Augen hatten das Lesen verlernt, denn zum Lesen gehört Ruhe, gehört ein geordnetes Gewissen und eine ebene Seele.

So klopfte denn der Richter auf den Tisch, alle erhoben sich und warteten schweigend.

„Der Angeklagte hat im Augenblick unberechenbarer Erregung gehandelt, der Glaube an gerechte Notwehr ist zu bejahen, denn der Verstorbene bestätigte die Tatsache eines Ueberfalls, indessen wäre Verabschiedung aus dem Heeresdienst zu empfehlen!"

Werner Helms sah gegen den Boden und schüttelte verneinend den wirren Kopf. Der General sagte ihm leise:

„Sie können heim, Helms."

Der Junge aber blieb finster.

„Das ist alles falsch und unecht, das stimmt nicht, nein, das stimmt nicht, ich bin ein Mörder!"

Der Kommandeur rüttelte ihn wach:

„Geduld, Junge, Geduld!"

Werner sah den Tröster müde an:

„Ich darf den Rock nicht mehr tragen, Exzellenz!"

„Darüber reden wir."

Der General ging langsam an den Tisch, atmete erleichtert und drückte jedem der Gerichtsoffiziere die Hand. Dann wurde die Stube der Sühne geräumt.

Am Nachmittag schritten sie wie Vater und Sohn durch den Frieden der polnischen Brotfelder: Der General und sein gebeugter Offizier. Etwas Sonne fiel mit zärtlicher Wärme vom Himmel, das schien die verwundeten Seelen salben und heilen zu wollen. Werner war blaß, mager und schwach wie ein Greis, seine Knie sanken beim Schreiten ein, sein Haar war lang und filzig in den sonst so aufrechten Nacken gewachsen, seine Augen trauerten hohl. Er beichtete:

„Exzellenz, ich kam vom Gymnasium in die Uniform, mit der Uniform als Siebzehnjähriger in die Marneschlacht. Ich kannte bis dahin die Geheimnisse des Todes nicht, Hunger und Seuchen waren mir fremde Dinge, und wenn ich als Schüler ein Mädchen sah, dann sagte ich mir: Wenn du mal älter bist, darfst du es küssen. Thies Zumbusch meinte noch im Feuer vor Verdun: „Jung", wenn es dich jetzt packt, kommst du als leibhaftiger Engel zum Herrgott!"

Der General horchte den Offenbarungen dieses Toren sinnend zu. Freilich, solche Kinder hat man an die Granaten und Gasflaschen gestellt. Er wurde andächtig und bitter. Werner Helms war kein Soldat, er war ein Bube, der eher noch auf die Schulbank gehörte, als in den Krieg der Völker; aber wieviele Soldaten und Helden dieser Zeit waren nur Buben, denen das heilige Gesetz der Notwehr den Menschenmord befahl. Werner erzählte weiter:

„Dann starben meine Eltern. Beide im gleichen Monat des gleichen Jahres. Ich bekam eben vor Lemberg das Eiserne, wurde eben Offizier. Sie haben diesen Stolz ihres Jüngsten nicht mehr erleben dürfen. Die Herrin auf Schloß Milzyk war schön, war krank, war einsam. Ich vergesse die Säle und Gemächer dieses Zauberschlosses nie. Ich war trunken vom Sehen. Die Schönheit der Herrin hat mich blind gemacht. Da sie in Not war, wehrlos und ohne Schutz dazu, wollte ich ihr Ritter sein, denn so wurde ich vom Vater erzogen. Thies wollte nur Gutes, nur Treues, da hab' ich ihn niedergeschossen!" —

Der Kommandeur wischte sich an den Augen:

„In Milzyk sind jetzt die Russen wieder, denn dieser Abschnitt wurde geräumt." —

Werner schwieg.

„Seien Sie tapfer, Helms; vergessen Sie alles, das Gras wächst heute ja so schnell; das Böse ist alles Unkraut, das Gute nehmen wir mit nach Hause!"

„Und in Milzyk sind die Russen wieder?"

„Die Flieger haben sie dort gesehen!"

Werners Herz trat wild gegen seine Rippen, sein Kopf brannte. Diese Botschaft war die schlimmste, die man ihm bringen konnte. Das hatte der General nicht bedacht.

(Fortsetzung folgt.)

diese Propaganda zu verhindern. Sie ist nicht „der Weg zum Frieden".

(Es handelt sich wohl auch in diesem Fall um Sektenarbeit, für die es keine Verantwortlichen im gewöhnlichen Sinne des Wortes gibt. Sie kommen, wie die Bremsen im Sommer und gehen wieder, wenn sie keinen Boden finden. Das ist heute anscheinend in Stadt und Land so. Es ist nur schade um den Eifer, den manche dieser Sektierer an den Tag legen. Leider geben sie nicht selten infolge ihrer Unwissenheit und Naivität, die Religion selber dem Spott preis. Von katholisch religiösem Denken haben sie gewöhnlich ganz ungeheuerliche Vorstellungen; das ist der Grund, warum sie in katholische Häuser und Gegenden kommen, um die Katholiken zu bekehren. Schade für so viel unnütze Arbeit und Geldopfer! D. Schr.)

Unsachlichkeit im Parlament

Anläßlich der Beratung der Wahlreform im Landtag hat sich der Herr Abg Obkircher dadurch hervorgetan, daß er ein schlechtes Beispiel parlamentarischer Kampfesweise gab. Hatte er schon in der „Bad. Presse" eine scherzhafte Aeußerung, die der sozialdemokratische Abg. Dr. Engler im Verfassungsausschuß als Berichterstatter über die Bedeutung der Frauen im politischen Leben getan hatte, politisch ausgeschlachtet, so war es ebenso wenig sachlich, wie er den Innenminister Dr. Remmele apostrophierte, als er bei der Beratung des Gesetzes nicht anwesend sein konnte, obwohl man ausdrücklich festgestellt hatte, warum Remmele nicht da sein konnte. Die Rede des Abg. Dr. Föhr, die durchaus sachlich blieb, nannte der Herr Abg. Obkircher, der hier als Zensor auftrat, eine Schimpfrede. Selbstverständlich ließ er sich auch nicht entgehen, die Sozialdemokraten in der Wahlreformfrage als Zentrumsknechte hinzustellen. Es ist alte Uebung der Parteien, die nicht in der Koalition sind, bald die Zentrumsfraktion als Hörige der Sozialdemokratie, bald die Sozialdemokratie als Hörige des Zentrums hinzustellen. Diese Uebung ist weder originell noch vornehm; sie ist vielmehr nur ein demagogischer Trik. Im vorliegenden Fall sollte er zugleich auch ein Hieb fürs Zentrum sein; denn Obkircher nannte das Wahlgesetz eine lex Schofer. Das ist in dem Sinne, wie es von Obkircher gemeint war, durchaus falsch. Vom Standpunkt des Parteivorteils aus hatte die Zentrumspartei gar keinen Grund, die Wahlreform durchzuführen. Aber vom Standpunkt des Wählers — ganz allgemein gesprochen — war die Reform geboten. Daß Schofer sich deshalb um die Reform bemüht hat, ist richtig und das ehrt ihn und zeigt ihn als einen Politiker, der mit dem Volksempfinden in lebendiger Berührung steht. Aber an der Gestaltung des Gesetzes war Dr. Schofer nicht beteiligt. Das weiß und wußte Abg. Obkircher. Wenn er trotzdem hämisch von einer lex Schofer spricht, so beweist er auch damit, daß er im Parlament daran ist, einen Ton einzuführen, der nicht sachlich und noch weniger vornehm ist. Aeußere und innere Vornehmheit sind eben zwei sehr verschiedene Dinge. Wir wollen das hier feststellen, gerade weil Herr Obkircher äußerlich gern den vornehmen Mann zeigt.

Badischer Landtag

Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag Verminderung des Defizits

Karlsruhe, 22. Juni. Im Badischen Landtag ist am Mittwoch nachmittag der Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 zur Verteilung gelangt. Nach diesem Nachtrag ergibt sich eine Mehreinnahme von 543 960 Mk., sodaß sich der im Staatsvoranschlag auf 711 700 RM. berechnete ungedeckte Fehlbetrag jetzt auf 167 740 RM. vermindert hat. Ueber die Deckung dieses Fehlbetrages wird der Landtag später noch Beschluß fassen müssen, wenn dieser Fehlbetrag nicht im Laufe der Haushaltsperiode durch Einnahmeüberschüsse erwirtschaftet werden kann.

Zugleich mit dem Nachtrag des Staatsvoranschlages hat die badische Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt wird, im Wege des Staatskredits im Inland oder Ausland die Mittel für die Instandsetzung der Landstraßen und zwar bis zum Betrage von 47 Millionen Mark, die Mittel für die Darlehen, die den im Osten des Reiches anzusiedelnden badischen Bauernsöhnen aus der Staatskasse vorgestreckt werden sollen bis zum Betrage von 1 200 000 Mark und die Mittel für die Darlehen zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge bis zum Betrage von 7 500 000 Mark zu beschaffen.

Außerdem soll die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt werden, im Wege von Staatsanleihen für Rechnung der Amortisationskasse die Mittel aufzubringen, die nötigenfalls zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der allgemeinen Staatsverwaltung benötigt werden. Als Höchstgrenze wird der Betrag von 20 Millionen Mark festgesetzt.

Sitzung des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung

Zusammenlegung von Grundstücken.

Karlsruhe, 23. Juni 1927.

Verschiedene sozialdemokratische Abgeordnete haben den Antrag gestellt, „die Regierung zu ersuchen, raschestens eine Aenderung des Gesetzes betr. Zusammenlegung von Grundstücken vorzulegen in dem Sinn, daß die Zusammenlegung auch auf Antrag der Gemeinden erfolgen muß".

Den Bericht erstattet Abg. Dr. Waldeck. Die Umlegung von Bauplätzen begegnet zur Zeit da und dort unüberwindlichen Schwierigkeiten, die bei dem derzeitigen Rechtszustand nicht aus dem Wege zu räumen sind. Hin und wieder wird die bauliche Entwicklung, insbesondere in den Städten dadurch stark beeinträchtigt, daß Grundstückseigentümer sich wenig geneigt zeigen, ihre privaten Interessen dem öffentlichen Bedürfnis unterzuordnen. Auch das Ministerium des Innern ist der Auffassung, daß eine Aenderung unbedingt erwünscht ist. Es steht ein Gesetzentwurf in Aussicht, der dem sozialdemokratischen Begehren in gewissem Umfang Rechnung trage.

Ein sozialdemokratischer Sprecher war an sich bereit, vorerst auf die weitere Behandlung des Antrages zu verzichten, wenn der Gesetzentwurf in nächster Zeit schon kommen würde. Dies sei aber wohl nicht sicher.

Ein Abgeordneter des Zentrums spricht sich für die Vertagung aus, betont jedoch, daß tatsächlich von zahlreichen Gemeinden und vielen Baulustigen darüber geklagt werde, daß es den Gemeinden schwer falle, das nötige Baugelände rechtzeitig baureif zu machen, weil man sich mit den Eigentümern nicht einigen könne. Solche Klagen stammen auch aus größeren Landgemeinden. Es sei darum nicht zweifelhaft, daß irgend etwas im Sinne der Antragsteller geschehen müsse. Es sei aber doch nötig, bei aller Schätzung des öffentlichen Interesses gewisse Rücksichten gegen die Grundstückseigentümer zu üben und entsprechende Sicherungen in das Gesetz hinein zu arbeiten, da die Gemeindeverwaltungen und Baubeflissenen die Lage doch manchmal einseitig ansehen könnten und nicht immer ganz richtig vorgehen. Man müsse auf beide Seiten Rücksicht nehmen und im Gesetz die Möglichkeit des Ausgleiches schaffen.

Nach kurzer Aussprache erklärten sich die Antragsteller damit einverstanden, daß zunächst abgewartet wird, was die Regierung ihrerseits zur Ausräumung der Schwierigkeiten unternimmt.

Vereinigung abgesonderter Gemarkungen.

Das Ministerium des Innern hat vor längerer Zeit schon das Gräflich Douglassche Gut Madachhof, das eine abgesonderte Gemarkung darstellte, gemäß § 105 G.O. mit der Nachbargemeinde Mainwangen, Amt Stockach, vereinigt. Die Entscheidung des Ministeriums ist bereits in Kraft getreten. Die Gemeinde Mainwangen will sich jedoch nicht beruhigen. Sie ist über das ihr zuteil gewordene Geschenk nicht gerade erfreut und sieht in der Zuweisung des Madachhofes eine starke finanzielle Belastung, obwohl das bezeichnete Gut einen Steuerwert von über 1 Million Mark besitzt. Die Gemeinde Mainwangen erhebt keine Umlage, weil die Gemeinde sich in einer günstigen Vermögenslage befindet. Die Einwohner von Mainwangen stellen sich auf den Standpunkt, daß das Ministerium ihren Wünschen und Interessen in ungenügender Weise Rechnung getragen habe, da die Gemeinde für den Zuwachs jährlich gegen 2000 Mark aufwenden müsse, ohne davon einen Vorteil zu haben, und zwar für Landstraßenbeiträge, Fürsorgelasten, Schulaufwendungen, Wegunterhaltung, Feldhut und dergleichen.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann hält es für zweckmäßig, vor der endgültigen Beschlußfassung eine weitere Klärung der Sachlage herbei zu führen. Ein Abgeordneter des Zentrums, dem die einschlägigen Verhältnisse näher bekannt sind, trat lebhaft dafür ein, daß die berechtigten Interessen der Einwohnerschaft von Mainwangen von der Regierung stärker wahrgenommen werden sollten, wie bisher.

Ein Regierungsvertreter bemerkt, daß schon alles mögliche versucht worden sei, um eine gütliche Einigung zu erzielen. Es müsse beachtet werden, daß die Gemeinde Mainwangen aus Einkommensteuerüberweisungen für den Madachhof doch auch einen namhaften Betrag erhalte. Die Regierung wäre bereit, noch einmal auf einen Ausgleich hinzuarbeiten, um diesen unliebsamen Streit aus der Welt zu schaffen. Es sei vielleicht doch noch möglich, ein weiteres Entgegenkommen des Grafen Douglas zu erreichen.

Der Ausschuß einigt sich dahin, dem Wunsche des Berichterstatters nach weiterer Klärung der Sache Rechnung zu tragen, obwohl von liberaler Seite diesem Wunsche zunächst widersprochen war, mit der Begründung, daß die Rechtslage ja geklärt sei.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung kann erst am 4. Juli stattfinden. In dieser Sitzung wird das Polizeibeamtengesetz zur Beratung kommen, außerdem wird sich der Ausschuß auch über die Feier des Verfassungstages unterhalten.

Karlsruher Standesbuchauszüge

22. Juni. Anna Stöhrmann, Ehefrau von Martin Stöhrmann, Oberpostschaffner a. D., 69 Jahre alt; Marie Ehrenberg, Ehefrau von Friedrich Ehrenberg, Heizer, 31 Jahre alt. — 23. Juni. Rosina Kratt, Witwe von Adam Kratt, Städt. Arbeiter, 53 Jahre alt.

Wir brauchen nicht zu altern

denn die Wissenschaft gibt uns die Mittel lange jung zu bleiben. Vor allem die richtige Pflege Deines Haares lässt Dich jünger erscheinen und hier hilft Dir

AUXOLIN

KOPFWASSER

F. WOLFF & SOHN

Die neue Flasche

Beatus und Sabine

Von Friedrich Schnack.

Im Verlag Jakob Hegner (Hellerau) erscheint soeben der neue Roman von Friedrich Schnack: „Beatus und Sabine". Wir bringen mit Erlaubnis des Verlags das fünfte Kapitel zum Vorabdruck.

Ueber dem steinernen Tor des Hofes, dessen Bogen Bläue und Wiesengrün ausschnitt, zückten helle Spitzen herauf, Baumfackeln, Kastanienlaub und zackige Blätterblitze. Gewölk von Kirschblüten rauchte den Hügel herab; in das atmende Licht tanzten rosige Aprikosenbäumchen. Die Schlehenbüsche wallten an den Abhängen, die Allee der Kirschbäume hatte sich über Nacht entzündet, eine Straße festlichen Insekten- und Bienenglücks.

An der Kapellenwand kletterten die Glyzinien empor und ließen blaue Blütentrauben über die Fenstersimse rieseln. Der Jelängerjelieberstrauch duftete heimlich, der Pfeifenstrauch warf die breiten Blätter in alle besonnten Winkel und bauschte sie in die Fensterrosetten der Hauskapelle, über deren dunkles Schieferdach das Sonnenfeuer waberte. Die wilden Bienen, die ihren Unterschlupf in einem Mauerriß der Kirchenwand von altersher hatten, schwärmten aus. Spät erwachten sie immer im Jahr. Sie waren die letzten Künder der bleibenden Wärme.

Sabinchen lag auf der Gartenmauer. Das Dach der Pergola überzog sich mit den Blättern des wilden Weines, einem wirren Gewebe. Es war ein aufregendes Leben: die Luft brauste, die Wege führten hinaus in Strauch- und Waldverstecke, blaue und gelbe Blumenkissen schwollen, überall konnte sie jetzt herumlaufen.

Beatus ging gerade nach Heidelberg. Sie rief seinen Namen. Er blickte herauf: Sie habe es schön, er müsse in die Schule.

Ob er bald heimkäme?

Erst am Nachmittag, antwortete er. Unbekannte Worte schlugen an ihr Ohr: Algebra, Geographie, Grammatik . . . Geringschätzig winkte er ab und enteilte. Lieber wäre er mit seiner Freundin hinauf in die Waldeinsamkeit gestiegen, auf den Philosophenweg, wo Hasen und Vögel durchs Gehölz huschten.

Sabinchen schaute ihm lange nach. Er war schon unten auf der Landstraße am Neckar. In der Nacht hatte es geregnet, stark und ausgiebig. Die Büsche und Grasflecke dunsteten und trieben wild: Blüten brachen auf im Taumel, dort, wo der Hof überging in ein unbekümmertes Garten- und Wachstumsglück, nahe der alten Mauer über dem hellen Anstieg der Wiesen und Saatfelder; die Blutbuche knisterte und rieselte von Feuer. Unter ihr lag der Boden gefleckt und von Goldglanz scheckig. Zuweilen hinkte Rotbart durch den spielenden Baumschatten, sein Gesicht flirrte von abenteuerlichen Sonnenflammen und Blutküssen.

Der alte Turm war von Blättern umwogt, von Schatten umgeistert. Ueber den Bogen des Tores warf sich wilder Wein; ein verwitterter, in Stein gehauener Römerkopf wurde durch einen späten Laubkranz geschmückt, und das unbekannte Gesicht ertrank, lichtverklärt, in goldenen, grünen Blattgeheimnissen.

Die Wanderbühnen des Bühnenvolksbundes

in der Spielzeit 1927/28.

bbb. Der Bühnenvolksbund, in dessen Programm seit seinem Bestehen die planmäßige Versorgung der theaterlosen Mittel- und Kleinstädte mit guter Bühnenkunst an vorderster Stelle steht, wird in der kommenden Spielzeit seine bereits jetzt führende Tätigkeit auf dem Gebiete der Pflege des kulturellen Wandertheaters noch erheblich erweitern können. Seine Schlesische Bühne, mit dem Sitz in Breslau, wird auch weiterhin die theaterlosen Orte Nieder- und Oberschlesiens bespielen und in ihren Spielplan, außer weiteren Werken der klassischen Dichtung, besonders zahlreiche Dramen lebender deutscher Dichter aufnehmen.

Die Mitteldeutsche Bühne verlegt ihren Sitz nach Hannover und wird im nächsten Spieljahr in Hannover, Braunschweig und weit bis nach Westfalen hinein tätig sein, wo sie im Stadttheater Minden einen besonders wirksamen Stützpunkt gewonnen hat. Auch hier wird der Spielplan klassische und bedeutende moderne Werke umfassen.

Als Südwestdeutsche Bühne, mit dem Sitz in Frankfurt a. M., wird der Bühnenvolksbund mit dem Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung künftig seine Badische Bühne in erweiterter Gestalt führen. Zu dem bisherigen Spielkreis der Badischen Bühne tritt ein größerer Arbeitsbezirk auf preußischem und hessischem Gebiet, und die neue Südwestdeutsche Bühne teilt sich in die Bespielung dieses gesamten Bezirks mit dem Frankfurter Künstlertheater für Rhein und Main, aus dem der Bühnenvolksbund als Gesellschafter ausscheidet und das fortan vom Verband der Deutschen Volksbühnenvereine in der bisherigen Gemeinschaft mit dem Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung betrieben werden soll.

In Ostpreußen hat der Bühnenvolksbund während der abgelaufenen Spielzeit seinen inzwischen von anderer Stelle als besonders wertvoll anerkannten Gedanken, erwerbslose Schauspieler im festen Gefüge einer wirtschaftlich gesund organisierten Wanderbühne zu beschäftigen, durchzuführen vermocht. Er hat dort die Initiative zur Gründung der Ostpreußischen Landesbühne ergriffen, die er in der vorigen Spielzeit mit dem Verband der Deutschen Volksbühnenvereine erfolgreich geführt hat. Nunmehr errichtet der Bühnenvolksbund unter dem Namen Ostpreußische Bühne, mit dem Sitz in Königsberg, ein eigenes Wandertheater, das sich auf eine große Zahl tragfähiger Theatergemeinden stützen kann und einen den besonderen Bedürfnissen der Landschaft angepaßten Spielplan durchsetzen wird.

Eine neue Wanderbühne errichtet der Bühnenvolksbund ferner, mit dem Sitz in Trier, unter dem Namen Westdeutsche Bühne. Diesem Wandertheater fällt die Aufgabe zu, die theaterlosen Städte des Moselgebietes und der ganzen Eifel zu bespielen, und es wird angestrebt, die kulturelle Arbeit dieses ausgesprochen Grenzlandtheaters bis weit nach Luxemburg und Neubelgien hineinzutragen. Auch hier soll der Spielplan in der Landschaft und den besonderen seelischen Bedürfnissen des Volkstums verwurzelt sein.

Von Berlin aus wird der Bühnenvolksbund die Märkische Bühne durch Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und die theaterlosen Städte der Grenzmark schicken. Ihm fällt hier ein großer neuer Spielkreis zu, innerhalb dessen seine Betätigung seit langer Zeit gewünscht und angestrebt wird.

Weiter ist vorgesehen die Tätigkeit der Münchner Musikbühne, des ersten planmäßig durchgeführten musikalischen Wandertheaters, in erweitertem Maße fortzuführen.

Schließlich unterstützt der Bühnenvolksbund die für den oberschlesischen Grenzbezirk besonders wichtige und von den verantwortlichen Stellen lebhaft begrüßte Wanderbühnenarbeit der Heimgartenspielschar, die mit den bescheidensten Mitteln bemüht ist, auch der ländlichen Bevölkerung gute Kunst zugänglich zu machen.

Dr. phil. Karl Bauer, ein Karlsruher, bisher Dramaturg in Hannover, ist zum Intendanten der Südwestdeutschen Bühne, einer Neugründung des Bühnenvolksbundes, bestellt worden. Die genannte Bühne hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und wird etwa 50 Orte Südwest-

Tagungen

42. Verbandstag des badischen Gastwirtegewerbes.

Heidelberg, 23. Juni. Nachdem bei der Festversammlung, die gleichzeitig mit dem 40jährigen Bestehen des Heidelberger Wirtevereins veranstaltet wurde, die offizielle Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste und Vertreter stattgefunden hatte, begann Mittwoch vormittag die eigentliche Tagung. Es waren anwesend die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, Vertreter der Handels- und Handwerkskammer, der politischen Parteien und Landtagsfraktionen, der Brauereiverbände, der Finanzverwaltung u. a. In Vertretung des durch Krankheit verhinderten ersten Verbandspräsidenten Knopf leitete sein Stellvertreter Knodel-Mannheim die Versammlung. Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen ergriff Verbandspräsident Köster-Berlin das Wort. Er verbreitete sich zunächst über die steuerlichen Lasten, über die Steuersenkungsmaßnahmen und kam auf den überall beobachtenden großen Gemeindeaufwand zu sprechen. Den Gemeinden müsse die Faust ins Genick gesetzt werden, um größere Sparsamkeit zu erzielen. Im neuen Schankstättengesetz müsse der Konzessionszwang für den Flaschenbierhandel, ferner auch für den Weinhandel, sowie für die sogenannten Strauß- und Besenwirtschaften durchgeführt werden. Alsdann trat man in die eigentliche Tagesordnung ein: 1. Einführung eines Einheitsbieres. Die praktische Lösung scheitert an der Unmöglichkeit, sämtliche Brauereien, die Baden beliefern, zu dieser Vereinheitlichung zu bewegen. 2. Befreiung der Hotels aus der Wohnungszwangswirtschaft. 3. Antrag auf Erteilung der Tanzerlaubnis. Diese soll im ganzen Lande einheitlich geregelt werden. In einem Schlußwort dankte der Vorsitzende allen Anwesenden für ihre tätige Mitarbeit. Der nächste Tagungsort ist Donaueschingen.

Der zweite Kongreß für Blindenwohlfahrt — gleichzeitig 17. Blinden-Lehrer-Kongreß — findet vom 2.—5. August d. J. in Königsberg i. Pr. statt. Dieser Kongreß erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß sich zu ihm Vertreter der Blindenorganisationen, Blindenfürsorger, Blindenlehrer und Blindenanstaltsdirektoren aus allen Teilen des Reiches, aus der Schweiz, Deutsch-Oesterreich und anderen Nachbarländern, etwa 400, sowie Vertreter der Wissenschaft und der Behörden zu gemeinsamer Beratung zusammenfinden werden. Ein Ehrenausschuß fördert die Bestrebungen des Kongresses, ein Ortsausschuß (Provinzial-Blindenanstalt, Königsberg i. Pr.) führt die Geschäfte. Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt Vorträge und Aussprachen über: Die Einstellung der Blinden zu ihrem Gebrechen; die Förderung der begabten Blinden; die Fürsorge für die Sehschwachen; die Selbsthilfeorganisation der Blinden und die zukünftige Gestaltung der Blindenfürsorge; die Ausgestaltung der Arbeitsfürsorge und schließlich über die Blindenrente, über welche dem Kongreß eine Denkschrift vorliegt. Ferner wird der Direktor der Königsberger Augenklinik, Prof. Dr. A. Birsch-Hirschfeld, über das Thema „Was leistet die Augenheilkunde zur Verhütung der Erblindung" und Direktor Altmann-Wien über die Entwicklungslinie der österreichischen Blindenfürsorge sprechen. Dem Kongreß geht am 1. und 2. August der 6. Verbandstag des Reichsdeutschen Blindenverbandes e. V. Berlin, der größten Spitzenorganisation der deutschen Blinden, voraus, welcher unter Umständen nach Abschluß des Kongresses fortgesetzt werden soll.

Kirchliche Nachrichten

Maria Bickesheim. (Bezirksversammlung der Jungfrauenkongregationen der Hardt.) Ganz besonders freudig lenken die Marienkinder ihre Schritte nach Maria Bickesheim. Darf man sich da wundern, daß eine so große Zahl sich am 19. Juni zur Bezirksversammlung eingefunden hat. Der Himmel hat zwar um 1 Uhr nochmals seine Schleusen geöffnet und in Strömen floß der Regen herab. Wie groß war die Freude, als sich die Wallfahrtskirche um 2 Uhr doch füllte bis zum letzten Platz. Bezirkspräses Pfarrer Franznick von Mörsch bestieg die Kanzel und zeigte nach dem vom Kirchenchor Durmersheim vorgetragenen Mutter Gotteslied, wie die Gottesgemeinschaft des Marienkindes in Gebet und Kommunion sich darstellen soll. Gerne sucht jedes Marienkind so im Gebet und Vereinigung mit dem Heiland im Sakrament sein Glück zu finden. „Mein Herz ist voll Freude in Gott meinem Heiland." Die Segensandacht mit weiteren Liedern des Chores folgte. Im Lammsaal fanden sich die Sodalinnen zusammen. Es war ein herzliches Grüßen und sich Freuen, daß man sich wieder in Bickesheim treffen darf. Jahre sind ja seitdem verflossen, bis die alte Uebung wieder auflebte. Das Einleitungslied: „Es blüht der Blumen eine" war verklungen, die Begrüßung beendet, als uns das Bild mit dem Dank des Marienkindes an die versammelten Präsides (Jungfrauenkongregation Mörsch) fesselte. Frl. Hauptlehrerin Stoffel aus Karlsruhe sprach vom rechten Schwestersein in wundervoller Anlehnung an das Heimsuchungsbild des Künstlers Führich. Aus der Seele geschöpft fanden die Worte wieder Eingang in die Seele. Manche Präfektin hat wieder leichteren Stand in der Kongregation nach den Worten der Rednerin. Die Aufgabe der Kongregation war schön gezeigt und lockend vor die Seele gestellt. Auch die zweite Rednerin Nelly Schlegel: „Ueber Freude im Beruf" sprach durch die Worte sowohl wie durch das packende Beispiel der eigenerkämpften Berufsfreude. Die Worte waren des Dankes und der Anerkennung wert. Die Lieder wechselten im edlen Wettstreit unter den einzelnen Kongregationen. Bei diesen Gelegenheiten ist immer schön, zu sehen, wie es die andern treiben. Manche Anregung wird mitgenommen, neue Kongregationsfreude wird geweckt. Nach einem letzten Gruß an die Gottesmutter zogen die Marienkinder zu neuer Arbeit mit dem Segen der Mutter in der Abendstunde der Heimat zu, erfreut an dem Dargebotenen.

Waghäusel, Kapuzinerkloster. In Frankfurt a. M. starb am 21. d. M. Pater Maximilian nach langwierigem, schwerem Leiden. Der Verstorbene war einer von den ersten Kapuzinern, die nach dem Kriege in die neugegründete Klosterniederlassung zu Waghäusel kamen. Als Volksmissionär ist er seit Jahrzehnten schon in vielen badischen Pfarreien tätig gewesen und war bei Klerus und Volk eine bekannte und beliebte Persönlichkeit. R. I. P.

Gewerkschaftliches

Haben wir wirklich zu wenig Bauarbeiter in Deutschland?

Dr. Hirtsiefer, der preußische Wohlfahrtsminister, gab kürzlich dieser Befürchtung lebhaften Ausdruck bei seiner Rede im preußischen Landtag gegen das bekannte amerikanische Bauprojekt in Berlin, das den Bau von 15 000 Wohnungen in drei Jahren vorsieht.

Hirtsiefer befindet sich in einem grundlegenden Irrtum — er würde nicht in diesen Irrtum verfallen sein, wenn er sich mit den Leistungen der Verbände des Baugewerbes um Aufklärung in Verbindung gesetzt hätte.

Wir hatten nach dem Kriege nicht zu wenig, sondern zu viel Bauarbeiter. Soweit zu gewissen Zeiten sich tatsächlich ein Baufacharbeitermangel herausstellte, war er ausschließlich auf die schlechte zeitliche Verteilung der Bauaufträge zurückzuführen, was wiederum mit dem mangelhaften System unserer öffentlichen Baufinanzierung zusammenhängt.

Den besten Beweis hierfür bilden die Erwerbslosenziffern des Baugewerbes. Die Arbeitslosigkeit im freigewerkschaftlichen Baugewerksbund und im christlichen Bauarbeiterverband weist seit der Marktstabilisierung folgendes Bild auf:

Monat	Es waren arbeitslos von Hundert der Mitglieder							
	1924		1925		1926		1927	
	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband
Januar	71,50	75,74	24.36	17.92	52.06	61.11	43.45	40.91
Februar	72.62	68.18	22.83	19.63	39.14	51.86	41.99	38.30
März	38,05	48 14	14.29	12.80	33.91	45.14	22.78	25.00
April	15.33	17.24	5 75	7.58	26.73	37.67	—	14.68
Mai	9.65	13,37	3.50	3.27	22.90	26.23	—	—
Juni	10.62	13.78	3.23	3 48	21.40	30.63	—	—
Juli	10.59	14.86	3.73	4.49	19.68	26.24	—	—
August	11.43	13.23	4.77	4.63	17.80	25.75	—	—
September	8.73	11.30	4.60	6.18	16.04	23.24	—	—
Oktober	6.53	7.96	6,44	9.97	16.05	23.37	—	—
November	10.13	12.36	27,76	31,21	21.04	25.30	—	—
Dezember	22 65	20 42	97.79	61.65	41.05	39.84	—	—
Im Jahresdurchschnitt	23.99	25.96	14,13	15.23	27.32	34.70	—	—

„Im Berliner Tageblatt" hat kürzlich ein Wohnungspolitiker berechnet, daß in den Jahren 1919/25 225 Millionen Bauarbeiter-Tagewerke durch Arbeitslosigkeit ausgefallen sind; mit diesen hätten 750 000 Kleinwohnungen gebaut werden können, d. h. die Wohnungsnot wäre dann heute zum größten Teile behoben. Wären die Bauarbeiter der Nachkriegszeit gleichmäßig auf die ganze nutzbare Bauzeit verteilt gewesen, niemals und nirgends hätte es einen Baufacharbeitermangel gegeben, im Gegenteil, es wären noch große Scharen Baufacharbeiter arbeitslos geblieben.

In den letzten Jahren sind die Bauarbeiten in die paar Sommermonate zusammengedrängt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in diesem Sommer hie und da Facharbeitermangel herausstellt. Die Schuld liegt an oben angeführtem.

Damit ist zugleich die Richtung gewiesen, wie in der Zukunft ein Baufacharbeitermangel verhütet werden kann. Man schaffe endlich das langfristige Wohnungsbauprogramm, stelle dessen Finanzierung für eine Reihe von Jahren sicher und ermögliche so eine gleichmäßige Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr. Dann wird es sich zeigen, daß die vorhandenen Bauarbeiter auch bei einer gegenüber bisher wesentlich verstärkten Bautätigkeit ausreichen.

Spiel und Sport

Deutsche Jugendkraft

Gau Mittelbaden

Wiener Sportler bei der D.J.K. Beiertheim.

Nach dem äußerst fair und eindrucksvoll verlaufenen Spiel der Wiener Reichsbundmannschaft Unter St. Veit, das mit einem knappen Sieg der Wiener endete, fand im „Beiertheimer Hof" ein geselliger Unterhaltungsabend der D.J.K. zu Ehren der Wiener Gäste statt, zu dem sich eine große Zahl katholischer Jungmannen eingefunden hatte. Eine prächtige Ansprache des Präses, hochw. Herrn Kaplan Ritter, leitete den Abend ein, der durch den Klang stimmungsvoller Märsche und Wiener Walzer aus dem unerschöpflichen Repertoir der Hauskapelle eine treffliche Ausmalung erfuhr. Besonders interessant waren die Schilderungen Wiener katholischer Arbeit und der Reiseeindrücke aus dem Munde des Führers der Wiener Expedition, Clabian. Generalsekretär Baur-Karlsruhe seinerseits begrüßte in herzlichen, begeistert aufgenommenen Worten die Wiener Freunde in der deutschen Heimat, legte die reichen Beziehungen Süddeutschlands mit Wien in der Vergangenheit dar, zeichnete die Mission Oesterreichs für das deutsche Volkstum in Vergangenheit und Zukunft, um dann noch grundsätzliche Ausführungen über katholische Kirche und Sport anzuschließen. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes und einem Hoch auf die Wiener Gäste fand der Abend seinen offiziellen Abschluß, während man noch lange bei Musik und Gesang in herzlicher Freundschaft mit den Gästen vereint blieb.

Gauturn- und Sporttag in Untergrombach.

Berichtigung. In der Siegerliste der Leichtathletik muß folgendes berichtigt werden:

4 × 100 Meter-Staffel: 1. Preis: D.-J.K. Karlsruhe-Mittelstadt (Gaumeister); 2. Preis: Turn- und Sportverein Untergrombach; 3. Preis: D.J.K. Au am Rhein.

Vierkampf (Unterstufe): Ergänzung: 1. Preis: Alphons Bucher, Karlsruhe-Mittelstadt, mit 135 Punkten; 2. Preis: Anton Werner, Karlsruhe-Mittelstadt, mit 93 Punkten. Sch.

Knielingen — Neureuth 5:0.
Hertha Karlsruhe — Knielingen 5:2.

In Fortsetzung der Pokalspiele trafen sich am Montag abend der Meister der A-Klasse und Neuling der Kreisliga Knielingen und Neureuth. Der erstere konnte dabei einen, dem Resultat nach klaren und einwandfreien Sieg erringen, der aber durchaus nicht verdient ist, gewiß nicht in dieser Höhe. Die Neureuther waren vollständig ebenbürtig im Feldspiel, versagten aber vor dem Tor und hatten zudem noch reichlich Pech, sodaß sie eine glatte Niederlage, ohne selbst nur zum Ehrentor zu kommen, einstecken mußten, trotzdem ihr Torhüter sich ganz ausgezeichnet schlug. Der A-Meister Knielingen konnte nicht sonderlich imponieren, besonders das Deckungstrio enttäuschte. Schiedsrichter Keller (Polizei) leitete das schwere Spiel ganz ausgezeichnet. Durch diesen Sieg kam Knielingen in die Zwischenrunde und zwar als offen getippter, sicher zu erwartender 1. Sieger der Pokalrunde. Der nächste Gegner war die Hertha Karlsruhe. In der Tabelle der A-Klasse nahezu am Ende stehend mit gerade der Hälfte an Punkten wie der Meister, konnte man nicht annehmen, daß sie dem Ersten sonderlich gefährlich werden könnte, zumal sie in den Verbandsspielen immer saftige Niederlagen bezogen hatte. Hertha nahm Rache und schlug den Meister glatt, sicher und vollauf verdient, als Beweis, daß man sie nicht zu leicht nehmen darf. Bevor Knielingen nur recht zu sich kam, hatte Hertha in elf Minuten bereits drei Tore erzielt, darunter ein famos getretener Strafstoß aus 30 Meter, die anderen das Ergebnis tadellosen Zusammenspiels des Sturmes, so kam nach weiteren zehn Minuten das vierte und wieder fünf Minuten später durch einen noch schöneren Strafstoß das fünfte. Dieser Vorsprung stärkte die sonst schwache Hertha-Deckung, sodaß Knielingen vor der Pause zu keinem Erfolg kam. Nach dem Wechsel dreht der Meister auf und spielt nun wesentlich besser, kann aber gegen die aufopfernd arbeitende Hertha nur ein Tor erzielen, erst ein Faulelfmeter kurz vor Schluß bringt den zweiten Treffer. Bei Hertha fiel vor allem der glänzend veranlagte Techniker auf Halbrechts und ebenso der Mittelläufer auf, dann der Torwart. Bei Knielingen befriedigte nur der Mittelläufer. Gottmann (Frankonia) leitete ohne Fehl und Tadel, bestimmt und sicher. K. A.

Um die badische Polizei-Handballmeisterschaft

Polizeisportverein Rastatt — Polizeisportverein Karlsruhe 16:4 (9:1).

Der deutsche Handballmeister Rastatt lieferte am Mittwoch abend im Hochschulstadion gegen den Polizeisportverein Karlsruhe wieder ein ganz hervorragendes Spiel und feierte einen verdienten, ganz überlegenen Sieg, der ihm auch für dieses Jahr erneut die Badische Polizei-Handballmeisterschaft einbrachte. Das Spiel des Siegers war aber auch wirklich das eines Meisters. Unbeugsame Energie, Schnelligkeit, prachtvolles Verständnis in allen Reihen und als Folge davon ein präzises Kombinationsspiel war da zu sehen. Kein schwacher Punkt ist in der Mannschaft. Ueberragend ist die rechte Sturmreihe, besonders der Haupttorschütze, der Halbrechte, die Deckung steht ausgezeichnet, der Torwart Klasse. Die Karlsruher sind nicht so schlecht, wie das Resultat vielleicht vermuten ließe, jedenfalls sind gute Anlagen vorhanden, doch fehlt die Durchschlagskraft und die technische Reife, um diesem Gegner auch nur einigermaßen gefährlich werden zu können. Das eine oder andere Tor wäre übrigens zu verhüten gewesen. Bei der Pause hatte Rastatt bereits neun Tore erzielt, gegen eines der Karlsruher. Nach dem Wechsel kommen zunächst zwei weitere durch Rastatt, das dann nachläßt und die Karlsruher kurz hintereinander drei weitere Tore aufholen läßt. Nun wird das Spiel wieder ernst genommen und noch fünfmal läßt der Torhunger des Rastatter Sturmes den Karlsruher Hüter hinter sich greifen. In dieser Zeit offenbart sich deutlich die Schwäche der Karlsruher Deckung. Spielt Rastatt in den weiteren Kämpfen in dieser Form, dann darf man erwarten, daß sie ihren Meistertitel in dieser Saison mit Erfolg erteidigen werden und „Baden" wieder den deutschen Handballmeister stellen wird. K. A.

Auswärtige Todesfälle.

Mannheim: Georg Burkhardt, 85 Jahre. — Heidelberg: Lorenz Glück; Ferdinand Seligmann, 77 J.; Philipp Mauer, 43 J.; Friedrich Welsch, 55 J. — Bruchsal: Eva Grundel, 70 J. — Pforzheim: Friedrich Ruf, 60 J.; Oskar Heidel, 54 J. — Durlach: Luise Ehemann, 52 J. — Baden-Baden: Josefa Vogt, 70 J.; Hertha Fischer, 35 J. — Bühl: Ludwig Roth, 75 Jahre; Brigitta Flick. — Freiburg: Max Lehmann, 61 J.; Elisabeth Hampel, 64 J.; Frieda Scheyer, 39 J.; Elisabeth Vogtsberger, 45 Jahre; Gustav Hoffmann; Valentin Merk. — Kehl: Friedrich Wandres. — Neumühl: Christian Moser, 57 Jahre.

Übler Mundgeruch

wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube zu 60 Pf. **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift **Chlorodont**. Ueberall zu haben.

deutschlands von Fulda bis Donaueschingen mit Aufführungen versehen.

Bildhauer Fritz Wermer 50 Jahre alt. Am Donnerstag, den 23. Juni, vollendete der Karlsruher Bildhauer Fritz Wermer sein fünfzigstes Geburtsjahr. Wermer ist gebürtiger Wiener, hat aber seine künstlerischen Studien im engern Deutschland, zunächst in Dresden und, vor dem Kriege noch, an der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe gemacht. Der Uebergang zur Kunst hat sich bei ihm erst im Laufe des Lebens ergeben und trägt das Gepräge besonderer innerer Notwendigkeit; der Künstler promovierte im Jahre 1903 zum Dr. phil. und hat neun Jahre lang seinen Beruf als Chemiker ausgeübt. Eine Charakteristik der Arbeiten Wermers ist nicht ganz leicht, obwohl ihnen auch die öffentliche Anerkennung zuteil wurde, da die Landeskunsthalle drei davon (Frauenporträt, Mulatte, Bildnis Albert Haueisens) erworben hat. In einer ganzen Reihe von Ausstellungen in anderen Städten waren Werke von seiner Hand vertreten, in Karlsruhe erregte zuletzt eine vom Landestheater angekaufte Mozartbüste Beachtung. Gemeinsam ist allen diesen Stücken ein ebenso gelassener Verzicht auf äußere Eleganz wie eine gerade hierdurch gewonnene Eindringlichkeit und Kraft der plastischen Vision, die heute recht selten zu finden sind. Wir haben in Deutschland bekanntere (und gute) Namen von Künstlern zu nennen, denen trotzdem der ungewöhnliche Instinkt abgeht, den Wermer gerade für die spezifischen Probleme seiner Kunst besitzt. Er gestattet ihm auch, das historische Bildnis — wir nennen außer Mozart noch die Persönlichkeiten Lassalle und Bach — in die mythische Sphäre zu erheben, wo alles nur zufällige von ihm abgestreift, das Innerste eines Menschen auf eine magische Formel gebracht wird. Wir wissen, daß die Leistungen Wermers ihrem Werte nach dort beachtet werden, wo ein sachgemäßes Urteil zu erwarten ist. Ueber die mangelnde Anerkennung durch die vox populi wird den Künstler das Bewußtsein dieser Tatsache hinweg heben. Dr. —r.

Festschrift zu den Münchener Wagner- und Mozartfestspielen 1927. Wie im Vorjahre hat die Generaldirektion der bayerischen Staatstheater auch zu den diesjährigen Festspielen eine von Prof. Dr. Emil Preetorius künstlerisch ausgestattete Festschrift unter der Schriftleitung von Direktor Dr. Arthur Bauckner erscheinen lassen, und zwar diesmal in einer deutschen und einer englischen Ausgabe. Neben den Uebersichten über die Festspielveranstaltungen (Spielplan und ausführlicher Besetzungsplan), den Hauptpersonalbestand der Staatsoper und die Gäste der Festspiele enthält der von Generalintendant Clemens Frhr. von Franckenstein eingeleitete Quartband folgende Abhandlungen: „Festlicher Geist, festliches Vollbringen" von Dr. Michael Georg Conrad, „Mozartstil" von Direktor Prof. H. W. von Waltershausen, „Richard Wagner, der Ueberwundene oder Wie Meister Sixtus Beckmesser den Ritter Stolzing überwandt" von Ermanno Wolf-Ferrari, „Festspielinszenierungen von Oberregisseur Prof. Max Hofmüller, „Mozarthaus und Wagnervilla in München" von Alfred Steinitzer und „Bühnendekorationen zu den ersten Aufführungen der Zauberflöte und des Tristan in München" von Konservator Dr. Franz Rapp. Zu dem textlichen Teil tritt ein reiches Bildermaterial von über 200 Aufnahmen. Dies umfaßt u. a. die Porträts der leitenden Persönlichkeiten, künstlerischen Vorstände und darstellenden Künstler (Zivil- und Kostümbildnisse in geschlossener Reihe) sowie Aufnahmen von Orchester, Sing- und Tanzchor, ferner Bühnenbilderentwürfe von Leo Pasetti, Proben-Aufnahmen, Blicke in die Werkstätten und eine Folge von Genrebildern (die Künstler außerhalb des Theaters). Die Festschrift ist durch die Tageskasse der bayerischen Staatstheater oder durch G. Hirths Verlag Nachf. (Richard Pflaum A.G.), München, Herrnstraße 4—10, zu beziehen. Der Preis beträgt 2 M.

Chronik

Oetigheim, 23. Juni. (Das Volksschauspiel Oetigheim.) Auch die zweite Teilaufführung auf der prächtigen Naturbühne Oetigheim hatte trotz des ungünstigen Wetters einen starken Zustrom zu verzeichnen. Das Spiel selbst wurde vom Wetter nicht weiter beeinträchtigt, zeitweilig lachte sogar die liebe Sonne auf die buntbewegten Bilder herab. Spiel und Gesänge ernteten reichen Beifall. Die wunderbar schöne Szenerie, die vorzügliche Darstellungskunst und ein zu Herzen gehendes Singen werden Oetigheim auch in diesem Sommer seine Ueberlegenheit sichern. Um vielen Nachfragen zu begegnen, wird besonders darauf hingewiesen, daß am nächsten Mittwoch, den 29. Juni, Peter und Paul, das Spiel aufgeführt wird. Dieser Spieltag bietet besonders Schulen eine gute Gelegenheit zum Spielbesuch.

Eppingen, 23. Juni. (Großfeuer.) Hier brach in der beim Getreidelagerhaus gelegenen Doppelhalle der Gebr. Moritz und Gustav Hochherr Feuer aus, das trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehr in kurzer Zeit das ganze Gebäude in Schutt und Asche legte. Dem verheerenden Element sind große Tabakvorräte und wertvolle Maschinen zum Opfer gefallen. Der Schaden dürfte nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Schwer gefährdet war die benachbarte Halle von Julius Frank. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

Hirschhorn a. N., 23. Juni. (Fabrikbrand.) In dem Dorfe Langenthal bei Hirschhorn brach, wie das Heidelberger Tagblatt meldet, Dienstag nachmittag in der dortigen Papierfabrik ein großer Brand aus. Das ganze Fabrikgebäude stand in kurzer Zeit in Flammen. Außer den Feuerwehren von Hirschhorn und der Umgebung langte auch die Heidelberger Motorspritze am Brandort an. Das Feuer wütete die ganze Nacht und erst am frühen Morgen konnte es soweit eingedämmt werden, daß die Feuerwehren der Umgebung abrücken konnten. Der Sachschaden soll bedeutend sein, Geschäftsbücher und Maschinen sind gerettet. Ein Feuerwehrmann aus Hirschhorn wurde durch eine einstürzende Mauer verletzt.

Eberbach, 23. Juni. (111er-Vereinigung.) Am Sonntag, den 19. Juni d. J., fand in Eberbach a. N. die 6. Delegiertenversammlung der Vereine ehemaliger 111er statt. Hauptpunkt der Besprechung war die geplante Feier des 75-jährigen Gründungstages des ehemaligen Infanterie-Regiments Markgraf Ludwig Wilhelm (3. bad.) Nr. 111 am 1. und 2. Oktober 1927 in Rastatt. An der Versammlung beteiligten sich Vertreter aller Vereinigungen ehemaliger 111er, sowie zahlreiche sonstige Angehörige des Regiments aus Eberbach und der nächsten Umgebung. Die Versammlung war geleitet von Oberst a. D. Fuchs-Rastatt, einem langjährigen Mitgliede des Offizierskorps des Regiments. Ueberall kam die frohe Erwartung zum Durchbruch, daß das Fest ein glänzend besuchtes werde und sich viele Kameraden aus Kriegs- und Friedenszeiten in Rastatt treffen mögen. Als Ort der nächsten Tagung wurde Pforzheim bestimmt und zwar ist hierfür der 24. Juli d. J. in Aussicht genommen.

Iffezheim (bei Baden-Baden), 23. Juni. (Automobilunfall.) Heute früh 7 Uhr stieß auf der Straße nach Baden-Baden ein Lastauto der Kieswerke Iffezheim mit dem Personenauto des Sanatoriumsbesitzers aus Jeserburg bei Hamburg zusammen. Das Personenauto wurde umgeworfen, kam aber glücklicherweise über den Straßengraben zu liegen, sodaß die fünf Insassen unter dem Auto hervorkriechen konnten. Zwei Damen blieben unverletzt, während der Besitzer des Autos, Karl Hoops, und sein Schwager Wolf aus Altona Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen davontrugen, die jedoch nicht lebensgefährlicher Natur sind. Die Verunglückten fanden Aufnahme im Baden-Badener Krankenhause.

Kehl, 23. Juni. (Eine große Schmuggelaffäre aufgedeckt.) Vor dem Amtsgericht Kehl kam eine große Schmuggelaffäre zur Verhandlung. Der Kaufmann Camille Foiry aus Wiesbaden hatte unter Beihilfe seines Lageristen Christ und seines Chauffeurs Matthes größere Mengen Parfüms, Haarwasser, Seifen, Rasierapparate und Cremes unverzollt über die deutsche Grenze gebracht und sich dadurch des Bandenschmuggels und der unerlaubten Einfuhr schuldig gemacht. Die Waren kamen von Straßburg mit einem französischen Militärauto nach Kehl. Außerhalb Kehls stand auf der Landstraße ein Auto des Foiry aus Wiesbaden. Auf ein gegebenes Zeichen hielten beide Wagen und mitten auf der Landstraße wurden die Pakete mit der Kontrebande aus dem französischen in das deutsche Auto umgeladen. Die erste Fahrt, wobei zehn Pakete geschmuggelt wurden, klappte. Bei der zweiten Fahrt wurden sie von der Zollbehörde gestellt. Es konnten sieben Pakete im Werte von 2000 Mark beschlagnahmt werden, mit weiteren sieben Paketen konnte das französische Auto flüchten. Das Gericht verurteilte Christ und Matthes zu einer Geldstrafe von je 7549 Mark, außerdem zum Wertersatz der 17 nicht erfaßten Pakete in Höhe von 5000 Mark. Wegen Bandenschmuggels noch zu je einem Monat Gefängnis und den Kosten des Verfahrens. Foiry war zur Verhandlung nicht erschienen. Das Verfahren gegen ihn wurde abgetrennt. Das Ueberbringerauto gehörte dem Kantinier der französischen Regimentskantine in Kehl.

Villingen, 23. Juni. (Erstes Ferngespräch nach London.) Zum erstenmal wurde heute nacht ein telephonisches Ferngespräch zwischen Villingen und London geführt, und zwar von einem Uhrenfabrikanten. Die Verständigung war ausgezeichnet.

Zell i. W., 23. Juni. (Vermißt.) Die 21-jährige Tochter der Witwe Meyer in Riedichen, die bereits längere Zeit in Basel in Stellung war, wird seit Ende Mai vermißt. Am 30. Mai verließ sie ihre Dienstherrschaft in der Absicht, nach ein bis zwei Tagen wieder zurückzukehren. Seitdem ist sie verschwunden. Alle Nachforschungen waren bisher ergebnislos. Die nähere Untersuchung ist eingeleitet.

Pfrondorf (Württemberg), 23. Juni. (Aus Heimweh zur Brandstifterin.) In dem Oekonomiegebäude des Landwirts Jakob Frank brach ein Brand aus. Bei Frank ist seit einigen Wochen das 15 Jahre alte Mädchen Gertrud Tritschler von Haslach beschäftigt. Seit einigen Tagen machte sich bei ihr starkes Heimweh bemerkbar. Um wieder nach Hause zu kommen, faßte sie den Entschluß, das Haus ihres Dienstherrn in Brand zu setzen. Vieh und Mobilar konnten gerettet werden, während die Heu- und Strohvorräte vollständig verbrannt sind. Ebenso ist die Scheuer teilweise abgebrannt.

Augsburg, 23. Juni. (Familientragödie.) Gestern nachmittag geriet ein Ehepaar wegen eines Liebesverhältnisses ihrer Tochter mit einem stellungslosen Gärtner in Streit. Der Ehemann brachte seiner Frau zwei Stiche in den Oberschenkel und in die Bauchgegend bei. Während die Verletzte auf die Straße eilte, hörte man einen Schuß fallen und fand den Ehemann tot mit einer faustgroßen Wunde am Kopfe auf. Die Untersuchung ergab, daß er mit einer Schrotpatrone aus allernächster Nähe erschossen worden war. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde das Liebespaar verhaftet.

Kaiserslautern, 23. Juni. (Verhängnisvoller Zusammenstoß.) Hier fuhr in der Mühlstraße ein Lieferwagen aus Lambrecht auf den Wagen eines Metzgermeisters von hier auf, sodaß dieser mit samt dem Pferde auf den Bürgersteig geworfen wurde, wobei dem dort spielenden Kind des Wirtes Rudolf Schulz der Brustkorb eingedrückt wurde, sodaß der Tod alsbald eintrat. Ein anderes Kind erlitt schwere Verletzungen, sodaß es in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Frankfurt a. M., 23. Juni. (Mord und Selbstmord.) In einem Hause in der Rohrbachstraße erschoß der 22jährige Arbeitslose Maiß die dort wohnhafte Frau Schlett und dann sich selbst. Mais hatte zwei Jahre bei der Frau gewohnt und war vor sechs Wochen ausgezogen. Heute morgen erschien er wieder in der Wohnung und vollbrachte die Tat. Ueber die Ursachen ist bis jetzt nichts bekannt.

Zum Ettlinger Stadtjubiläum

„Der Schultheiß von Ettlingen".

(Erstaufführung am Sonntag, den 26. Juni.)

Bekanntlich feiert unsere Nachbarstadt Ettlingen am kommenden Sonntag ihr 700-Jahr-Jubiläum als Stadt. Zahlreich sind die Veranstaltungen, die in dem alten, malerischen Städtchen am Eingang zum Albtal aus diesem Anlaß schon stattgefunden haben und noch stattfinden werden. Den Gipfelpunkt aber soll am Jubiläumstag selbst die Uraufführung des Spieles: „Der Schultheiß von Ettlingen" im Watthaldenpark durch Ettlinger Bürger bilden. Ein Festspiel nennt es das offizielle Programm, als „Heimatspiel" bezeichnet es richtiger der Dichter Wilhelm Fladt. Er ist bekannt als Verfasser des erfolgreichen Breisacher Spieles: „Peter von Hagenbach" sowie des „Schattenkrieg von Ringelried", der beim Freiburger 800-Jahr-Jubiläum aufgeführt wurde. Im Jahre 1913 wurde er mit dem Ehrenpreis der Stadt Potsdam für Heimatkunst ausgezeichnet.

Mit der Bezeichnung „Heimatspiel" trifft der Dichter zweifellos das Wesen seines Schauspieles. Es behandelt eine halb historische, halb sagenhafte Begebenheit aus der Geschichte Ettlingens im Mittelalter. Fladt, der selbst ein geborener Ettlinger ist, wollte mit dem Werk seinen Mitbürgern ein Jubiläumsgeschenk machen. Er hat es für Laienspieler geschrieben und seine Bedingung war, daß es nur durch solche aufgeführt werden dürfe. Fraglos besitzt es die hierfür erforderlichen Eigenschaften. Die meisten Gestalten sprechen den ungemein charakteristischen Ettlinger Dialekt, der sich wesentlich von den in der Umgebung heimischen unterscheidet. Er ist ein Spiegelbild des etwas verschlossenen Wesens der Bevölkerung.

Ein Haupteehrgeiz der Ettlinger Spieler ging dahin, ganz aus sich selbst das Spiel herauszubringen, kein Berufsschauspieler oder auch nur Eleve durfte mitwirken. Eines hatten dabei allerdings die leitenden Persönlichkeiten richtig erkannt: die künstlerische Leitung und Einstudierung mußte durch einen erfahrenen Fachmann erfolgen, wenn ein wirklich beachtliches Heimatspiel zustande kommen sollte und nicht eine der üblichen Dilettantenvereinsvorstellungen. Man übertrug diese Aufgabe deshalb Hans Blum, dem Direktor der Karlsruher Volksbühne, der den mühevollen, aber doch auch wieder sehr dankbaren Auftrag annahm. In mehr als vierteljähriger Arbeit hat er in mehr als 30 Proben das Schauspiel vorbereitet. Sein Bestreben war, nicht zunftmäßiges Theater zu machen, die Spieler nicht Rollen darstellen zu lassen, sondern aus jedem Einzelnen das herauszuholen, was in ihm steckte und so lebendige und wahre Volkstypen auf die Bühne zu stellen. Mit ganz seltener und fast bewunderungswürdiger Begeisterung haben sich die Spieler (über 100) in den Dienst der Sache gestellt und nach des Tages Last und Hitze und neben mancherlei anderen Vereinstätigkeiten (Turner, Sänger usw.) mit wahrem Feuereifer die ungewohnte Probenarbeit bewältigt, die sich oft genug in die späten Nachtstunden erstreckte. Gleichzeitig haben Ettlinger Frauen und Mädchen unter der fachkundigen Leitung des Obergarderobiers am Bad. Landestheater, Thiele, die Kostüme geschneidert. Auch die prächtige, stimmungsreiche Naturbühne im Watthaldenpark wurde dem Spiele angepaßt. Allerdings hat sie nur wenige unerläßliche Einbauten erhalten, um ihren Charakter zu wahren.

So ist alles vorbereitet, und auch ein verwöhntes Großstadtpublikum wird beim diesjährigen Ettlinger Heimatspiel auf seine Rechnung kommen und den eigenartigen Zauber genießen können, den ein künstlerisch geleitetes Laienspiel immer und überall ausübt. Den Ettlingern aber ist zu wünschen, daß am Ehrentag der Stadt, wie auch bei den späteren Wiederholungen eine recht zahlreiche Besucherschar sich den „Schultheiß von Ettlingen" ansieht und so die aufopfernde Arbeit lohnt, die hier geleistet wurde.

Volksschauspiel in Kappel a. Rh.

Die Heldensagen vom hl. Gral, von Parzival, von Lohengrin, wurden im Mittelalter von Wolfram von Eschenbach an den sagenumwobenen Rhein übertragen. Was Wagners Lohengrin um die edle Herzogin Elsa von Brabant in den Tempeln der Opernkunst bietet, das tritt in dem Volksschauspiel: „Der Schwanritter vom Rhein" um dieselbe Herzogin Elsa, aber am Rhein, im Freilichtheater vor den Geist des schauenden Volkes. Der Inhalt ist ein hochedler: Jugendliche Reinheit wird auf den Thron erhoben, und findet im harten Kampf gegen die Bosheit Schutz und Verteidigung durch den edlen Ritter vom hl. Gral, genannt der Schwanritter. Dieses edle Volksstück, bearbeitet von Margarete von Gottschall, hat der Leiter der Volksschauspiele das heurige Spiel erkoren und mit seinem wackeren Theatervolke zur Aufführung vorbereitet. Wir sahen vergangenen Sonntag den Schwanritter zum erstenmal über unsere Naturbühne schreiten und waren über die wohlgelungene Erstaufführung hoch befriedigt.

Was nun zunächst die Naturbühne selbst betrifft, so zeigt sie sich vornehm dem schauenden Auge. Vor uns das baumumschattete, buschumlagerte altersgraue Schloß mit Turm und Zinnen und Altanen; rechts davon im Hag versteckt das kleine Waldhäuschen; Bänke und Büsche um Wege und Rasen des breitgelagerten Bühnenplatzes; links davon der markierte Rhein und hinter ihm hoch emporstrebend die Türme und Mauern und Dächer des Domes und der Häuser der rheinischen Stadt, entworfen, gemalt und aufgebaut von Kunst- und Theatermaler Weiß von Kenzingen mit Hilfe von kühnen Zimmermannsmännern. So bietet die Bühne selbst schon ein sehenswertes Schaustück.

Handel u. Volkswirtschaft

Kursberichte

Berliner Devisen

	22. Juni. Geld	22. Juni. Brief	23. Juni. Geld	23. Juni. Brief
Amsterdam	168,93	169,27	168,93	169,27
Buenos-Aires	1,791	1,795	1,789	1,793
Brüssel	58,55	58,67	58,55	58,67
Oslo	109,29	109,51	109,24	109,46
Kopenhagen	112,71	112,93	112,72	112,94
Stockholm	112,98	113,20	112,97	113,19
Helsingfors	10,613	10,633	10,616	10,636
Italien	23,83	23,87	24,15	24,19
London	20,467	20,501	20,471	20,505
Newyork	4,216	4,224	4,216	4,224
Paris	16,505	16,545	16,505	16,545
Schweiz	81,105	81,265	81,15	81,31
Spanien	72,18	72,32	72,78	72,92
Japan	1,993	1,997	1,998	2,002
Rio de Janeiro	0,497	0,499	0,4967	0,4987
Wien	59,31	59,43	59,31	59,43
Prag	12,49	12,51	12,49	12,51
Jugoslavien	7,413	7,435	7,413	7,427
Budapest	73,43	73,57	73,45	73,59
Sofia	3,044	3,050	3,044	3,050
Lissabon	20,893	20,897	20,80	20,84
Danzig	81,60	81,76	81,69	81,85
Konstantinopel	2,188	2,192	2,193	2,197
Athen	5,714	5,726	5,694	5,706
Kanada	4,209	4,217	4,213	4,227
Uruguay	4,176	4,184	4,176	4,184
Kairo	20,99	21,03	21,00	21,04

Berliner Effekten

	22. VI.	23. VI.
5proz. Dt. Reichsanleihe	—	—
5proz. Pr. Konsols	—	—
5proz. Badische Kohle	12,75	—
5proz. Pr. Roggen	8,95	8,95
5proz. Pr. Kali	6,39	6,39
Hapag	139	140,5
Hansa Dampf.	212	216
Nordd. Lloyd	142	144
Darmstädter Bank	230	231,5
Deutsche Bank	161,75	162,75
Disk. Kommand.	160	161
Dresdener Bank	163,5	163
A. E. G. Stamm	176⅝	178
Badischer Zucker	—	—
Bergmann	179	181
Berlin-Karlsruher	108	108
Bercelius	—	—
Deutsch-Luxemburger	—	—
Deutsche Erdöl	143,25	144⅛
Deutsch Kali	146	147¼
Deutsche Maschinen	92	93⅞
Dynamit Nobel	138	140
Elsässisch-Badische Wolle	36	37,5
Farben J. G.	279	281,75
Fuchs Waggon	—	—
Gaggenau	68	65⅝
Gelsenkirchen	169,25	168,5
El. Unternehmen	226	227
Gritzner	119,75	118,25
Hammersen	—	—
Harpener	196,75	199,25
Holzmann	184	191
Karlsruher Maschinen	33,5	33⅝
Knorr	183,25	184,25
Kollm. Jourdan	82	83
Köln Rottweil	—	—
Leopoldsgrube	104	103,5
Mannesmann	179,5	182,75
Maximiliansau	—	—
Neckarsulm	122	122,5
Oberbedarf	103,5	109
Orenstein	129½	130,25
Phönix	123⅞	124,75
Rheinische Stahlwerke	195,5	198
Romb. Hütte	—	—
Sinner	78	76
Wieslocher Tonwerke	111	111
Zellst. Verein	159,25	162,25
Zellst. Waldhof	299⅝	313,25

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 23. Juni. Funkspruch. Die Börse eröffnete in freundlicher Haltung. Die ersten Kurse brachten fast überall Besserungen im Rahmen von 1 bis 2 Prozent. Darüber hinaus wirkte sich das Geschäft günstig aus auf die Nachricht von den bevorstehenden Abflüssen von Auslandsanleihen.

Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 4½ bis 6½ Prozent und Monatsgeld von 8—9 Prozent zu hören. Im internationalen Devisenverkehr sind bei ruhigem Geschäft ebenfalls keine nennenswerten Aenderungen eingetreten. Mailand etwas fester und Paris mit 28,48 etwas schwächer. Die Mark notierte in Newyork 4,2206. Die Neubesitzanleihe konnte sich auf 18¾ erhöhen.

Grössere Gewinne konnten Vereinigte Glanzstoff mit 13 Prozent, Bemberg mit 10 Prozent, Waldhof mit 9 Prozent und Schultheiss und Ostwerke je 5½ Prozent erzielen. In der Hauptsache dürfte die Kursbesserung auf Deckungskäufe der Spekulation zurückzuführen sein. Das Geschäft hält sich, da die Bankenkundschaft fast vollkommen ausbleibt, in den engsten Grenzen. Trotzdem war die Grundstimmung der Börse freundlich. Man weist darauf hin, dass die Lage am Geldmarkt eine zunehmende Entspannung sei.

Im einzelnen war das Geschäft am Schifffahrtsmarkt etwas gebessert. Hapag plus 1¾, Norddeutscher Lloyd plus 1⅞, Hamburg-Süd plus 3 Prozent, Hansa Dampf plus 3¼ Prozent. Von Bankenwerten konnten sich Berliner Handels um 3¾ Prozent verbessern. Die übrigen Werte zeigten Erholungen von etwa 1—1½ Prozent. Am Montanmarkt konnten sich Rheinstahl um 1½, Harpener um 2⅝, Essener Steinkohlen um 2¾, Ilse Bergbau um 2½, Mansfelder um 2¼, Oberbedarf um 2½ und Riebeck Montan um 1 Prozent erholen. Gelsenkirchen, Rheinische Braunkohlen waren dagegen etwa 1 Prozent schwächer. Am Elektromarkt gewannen A.E.G. 1⅝, Bergmann 2, Siemens und Halske 1½ Prozent, während Thüringer Gas 2 Prozent hergaben. Am Markte der chemischen Werte verbesserten Fahlberg-List sich um 1½ Prozent, während Riedel 1 Prozent einbüssten. Von Kaliwerten stiegen Aschersleben um 3 Prozent, Salzdethfurth um 3 Prozent, Westeregeln um 1⅞ und Deutsche Kaliwerte um 1¾ Proz. Von den übrigen Papieren ist zu bemerken, dass Vereinigte Schuh 1 Prozent, Deutsche Maschinen 1 Prozent, Dynamit Nobel 1⅛ Prozent, Felten und Guilleaume 1 Prozent, Aschaffenburger 4½ Prozent und Schubert und Salzer 2 Prozent gewinnen konnten. J. G. Farben plus 1¾ Prozent.

Wirtschaftsschau

Teilzusammenschlüsse in der Uhrenindustrie?

Während der Gedanke, die gesamte deutsche Uhrenindustrie unter einen Hut zu bringen, auf so grosse Schwierigkeiten stiess, dass man das Projekt wieder aufgegeben hat, finden zwischen den einzelnen Firmen Besprechungen statt, die auf eine engere Zusammenarbeit hinauslaufen. So berichtet das „Stuttg. Tagebl.", dass zwischen Gebrüder Junghans A.-G., Schramberg, der Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken A.-G., Freiburg i. Schl., und der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabriken A.-G. Verhandlungen zwecks engeren Zusammenschlusses geführt werden.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktennotierungen

Märkischer Roggen 275—277, Sommergerste 241—275, Wintergerste 241—275, Futtergerste 241—275, Hafer märkischer 253 bis 259, Mais loco Berlin 188—190, Weizenmehl 37,25—39,25, Roggenmehl 35,4—37,4, Weizenkleie 14,75, Roggenkleie 17—17,25, Viktoriaerbsen 43—45, kleine Speiseerbsen 27—30, Futtererbsen 22—23, Peluschken 20,5—22, Ackerbohnen 21—23, Wicken 22—24,5, Lupinen blau 15—16, Lupinen gelb 16—18, Rapskuchen 15,4—15,8, Leinkuchen 19,6—19,9, Roggenschnitzel 12,6—13,2, Soya-Schrot 19 bis 19,6, Kartoffelflocken 33,5—34.

Karlsruher Produktenbörse

Karlsruhe, 22. Juni. Abt. Getreide, Mehl und Futtermittel: Der Markt ist ohne Anregung, die Umsätze bewegen sich in engen Grenzen. Futtermittel immer noch gefragt. Deutscher Weizen in kleineren Posten 32—32,50, Deutscher Roggen nicht angeboten, Sommergerste 29,50—30, besonders schöne, insbesondere Pfälzer Qualität über Notiz. Deutscher Hafer 25,50—26,50, Plata-Mais prompt und später 19,75—20, Weizenmehl, Mühlenforderung 41,75—42, Roggenmehl, Mühlenforderung prompt 39,50—40,25, Weizenfuttermehl prompt 17,25—18, Weizenkleie, fein, per Juni 13—13,50, Weizenkleie, grob, per Juni 13,75 bis 14, Roggenkleie 16, Spezialfabrikate entsprechend teuerer, Biertreber je nach Herkunft 16,25—17, Malzkeime 16—16,50, Trockenschnitzel 12,50—13, Speisekartoffeln nicht angeboten. Rauhfuttermittel: Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken, alte Ernte, 9,25 bis 10, Luzerne, alte Ernte, 11,50—12, Luzerne, neue Ernte, 9,50—10, Weizen-Roggenstroh, drahtgepresst, 4,50—5, alles per 100 kg, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise, kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Das Geschäft ist ruhig bei unverändert festen Preisen für Weine und Edelbranntweine.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

Elektrolytkupfer 122 Mark per 100 kg, Remeltet-Plattenzink (von handelsüblicher Beschaffenheit) 53—54, Original-Hütte-Aluminium 210, desgl. in Walzen oder Drahtbarren 214, Reinnickel 340—350, Antimon Regulus 100—105, Silber in Barren 77,75—78,75 Mk. per 1 kg.

Bernau (Südl. Schwarzwald)
Höhenluftkurort mit guten und billigen Pensionen. Autoverbindung mit St. Blasien und Schönau i. W. Auskunft: Verkehrsverein Bernau.

Karlsruher Bürgerausschuß

Beratung des Voranschlags 1927

Karlsruhe, 23. Juni.

Stimmungsbild

Der erste Tag der Voranschlagsberatung brachte die Ausführungen der Generalredner der Parteien. Die übliche Voranschlagsrede des Oberbürgermeisters fiel diesmal aus, wohl wegen einer gewissen Mißstimmung über die vorbereitenden Verhandlungen, in denen unter entscheidender Mitwirkung der Zentrumspartei eine Erhöhung der Gemeindesteuern — auch mittelbar durch die neueinzuführenden Gebühren — vermieden wurde. Daß bei der Festsetzung des Voranschlages eine Schädigung der wirtschaftlichen und sozialen Belange vermieden werden konnte, darf besonders begrüßt werden. Die Redner der verschiedenen Parteien, auch der Fraktionsredner des Zentrums, sprachen dem Herrn Oberbürgermeister sowie der ganzen Stadtverwaltung ihr Vertrauen und ihre Anerkennung aus. Man darf wohl annehmen, daß das kleine Intermezzo anläßlich der Voranschlagsvorbereitung keine dauernden Schwierigkeiten innerhalb der Verwaltung im Gefolge haben wird.

Mit Spannung wurde wohl allerseits den Ausführungen des Vertreters der Deutschen Volkspartei entgegengesehen, hat doch gerade diese Partei die stärksten Worte für die Notwendigkeit des Sparens in der Stadtverwaltung gefunden. Aber die Ausführungen des Stadtverordneten Bauer waren zwar rhetorisch wieder recht funkelnd, doch ließen sie gerade hinsichtlich der Sparmöglichkeiten jeden praktischen Vorschlag vermissen. Man war nach seinen Ausführungen unwillkürlich an ein Wort von Bismarck erinnert, der auch einmal schrieb, er habe in Frankfurt beim Bundestag eine große Rede gehalten, aber wenn Freund Manteuffel wisse, was er gesagt habe, so wisse er mehr als er (Bismarck).

Stadtverordnetenobmann Rothweiler sprach wiederum recht sachlich. Seinen Ausführungen fehlt zwar das rednerische Pathos, aber sie zeichnen sich durch Klarheit und gründliche Durcharbeitung des Stoffes aus. Auch Stadtverordneter Dr. Engler von der sozialdemokratischen Partei brachte gründliche und beachtenswerte Ausführungen zur Finanzpolitik. Das Kernstück seiner Ausführungen bildete wohl die Forderung auf eine Erhöhung der Gemeindesteuer auf Gebäude gegenüber dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Satz. In diesem, sowie in verschiedenen anderen Punkten müssen seine Ausführungen mit Vorsicht aufgenommen werden.

Der Vertreter des Zentrums, Stadtverordneter Wild, sprach in außerordentlich sachkundiger und gewandter Weise. Seine Ausführungen waren wirklich eine Generalrede, die die wesentlichen Punkte herausschälte und an ihnen die bewährten kommunalpolitischen Ziele der Partei aufs neue erprobte. Am Schluß seiner Rede gewannen seine Ausführungen allgemeine, grundsätzliche Bedeutung. Seine Ausführungen fanden auch bei den anderen Parteien lebhaftes Interesse, wenn auch Stadtverordneter Dr. Keßler sie nachher durch eine kleine mehr oder weniger liebenswürdige Bosheit apostrophierte. Stadtverordneter Wild konnte im Verlauf seiner Ausführungen mehrfach auf Anträge hinweisen, welche von der Zentrumsfraktion anläßlich der Voranschlagberatungen gestellt wurden, und die an anderer Stelle dieses Blattes erscheinen. Die Wählerschaft wird aus diesen Anträgen ersehen, daß die Fraktion im Rathause auf dem Posten ist.

*

Anträge der Zentrumsfraktion im Bürgerausschuß

Schulgeld an Höheren Schulen betr.

Im Sinne einer besseren Berücksichtigung kinderreicher Familien wolle der Bürgerausschuß den Stadtrat ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß künftighin schon vom dritten Kinde an die volle Befreiung vom Schulgeld an den hiesigen höheren Schulen eintritt.

Notstandsarbeiten betr.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß leider damit gerechnet werden, daß die in der letzten Zeit erfreulicherweise eingetretene erhebliche Entspannung des Arbeitsmarktes nicht von Dauer sein wird, daß vielmehr im kommenden Winter wieder eine Verbreiterung der Arbeitslosigkeit eintreten wird.

Der Bürgerausschuß wolle im Hinblick hierauf an den Stadtrat das Ersuchen richten, jetzt schon für die Aufstellung eines ausreichenden Programms über Notstandsarbeiten für den kommenden Winter Sorge zu tragen, um etwa auftretenden Notständen in ausreichender Weise steuern zu können.

Der Stadtrat wolle hierbei vor allen Dingen solche Arbeiten zur Ausführung als Notstandsarbeiten in Aussicht nehmen, durch welche Unternehmungen von dauerndem wirtschaftlichem, sozialen, gesundheitlichen oder kulturellen Wert für die Stadt und ihre Bewohner gefördert werden.

Friedhofgestaltung betr.

In Verfolg neuerer Bestrebungen über Ausgestaltung der Friedhöfe wird bei Anträgen auf weitere Verschonung von Grabstätten in allgemeinen Leichenfeldern nach Ablauf der ersten Verschonungsperiode, die Unterzeichnung eines Reverses verlangt, aus dem sich die Verpflichtung zur Aufstellung eines neuen Grabsteines ergibt.

Unbeschadet unserer wohlwollenden Stellungnahme gegenüber einer gediegenen Friedhofkunst — auch im Interesse der Förderung des einschlägigen Handwerks — sind wir der Meinung, daß sowohl Gründe der Pietät, als auch die Rücksicht auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gegen ein solches Verlangen sprechen.

Der Stadtrat wolle ersucht werden, zu prüfen, ob nicht bis auf weiteres von einem derartigen Verlangen abgesehen werden kann. Der Stadtrat wolle bei seiner Prüfung beachten, daß auch durch gärtnerische Hilfsmittel in solchen Fällen eine Verbesserung des Bildes erreicht werden kann, in denen Grabsteine den derzeitigen Auffassungen über Friedhofkunst nicht mehr zu entsprechen scheinen.

Gelände am alten Bahnhof.

Der Bürgerausschuß wolle den Stadtrat ersuchen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß das Gelände des Alten Personenbahnhofes bald der Bebauung zugeführt wird. Der Erwerb des Geländes durch die Stadt würde diesen Zweck sicherlich wesentlich fördern und wäre infolgedessen dringend erwünscht.

Es wird weiter angeregt, daß der Stadtrat im Anschluß an das Gelände des Alten Bahnhofes auch die Bauentwicklung von der Rüppurrerstraße über das Gebiet des Lokalbahnhofes hinweg nach der Oststadt fördert, alsbald nach der in Aussicht stehenden Verlegung des Lokelbahnhofes an den Westrand von Grünwinkel entsprechende Schritte unternimmt.

Bei diesen, wie auch bei allen anderen Bebauungsprojekten wolle gemäß den im Generalbebauungsplan zum Ausdruck gebrachten Absichten für Schaffung ausreichender Grünanlagen und Erholungsstätten Sorge getragen werden.

Gas- und Strompreise betr.

Der Stadtrat wolle ersucht werden, mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage an den Bürgerausschuß über Neuregelung der Gas- und Strompreise vorzubereiten mit dem Ziel, den Verbrauch von Gas und Strom anzuregen und hierdurch die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe weiter zu heben.

Wenn in Aussicht genommen werden sollte, in den neu aufzustellenden Tarifen über Gas- und Strompreise Grundgebühren für Mindestverbrauch festzusetzen, so wolle darauf Bedacht genommen werden, daß die hierüber zu treffenden Entschließungen von sozialen Erwägungen getragen sind.

Ettlinger Tor betr.

Die Unterzeichneten halten es sowohl aus städtebaulichen Gründen, wie auch im Interesse der wirtschaftlichen Belebung des Stadtteiles beim alten Bahnhof für ein dringendes Erfordernis, daß der Bebauung des Ettlingertorplatzes nunmehr alsbald nähergetreten wird.

In erster Linie kommt die Erstellung des schon längere Zeit in Aussicht genommenen neuen städt. Verwaltungsgebäudes in Betracht, in welchem vor allen Dingen das städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt unterzubringen wäre. Dessen derzeitiges Verwaltungsgebäude ist durchaus unzureichend.

Der Bürgerausschuß wolle den Stadtrat ersuchen, so zeitig eine Vorlage über diesen Neubau zu erstatten, daß die Grundsteinlegung des Gebäudes im Frühjahr 1928 erfolgen kann.

Die Unterzeichneten weisen noch darauf hin, daß die Vergebung der Arbeiten für einen solchen Neubau ohne Zweifel auf das gesamte Wirtschaftsleben unserer Stadt einen fördernden Einfluß ausüben wird.

*

Sitzungsbericht

Der Bürgerausschuß trat heute zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung zusammen.

Vor der Sitzung fand die Erneuerungswahl von 12 Mitgliedern des Verwaltungsrats der Karl Friedrich-Leopold- und Sofiestiftung, sowie die Ersatzwahl von einem Mitglied und die Erneuerungswahl von zwei Mitgliedern in den Stiftungsrat der Rudolf Raquetstiftung statt.

Nach Festsetzung der Präsenz machte der Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Finter den Vorschlag, die Debatte über die außer dem Voranschlag zur Beratung stehenden Vorlagen mit der über den Voranschlag zu verbinden und gibt eine Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen bekannt. (Wir bringen die Zentrumsanträge vorstehend zum Abdruck.)

Zur Beratung kam zunächst

der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1927.

Auch in diesem Jahre konnte der Voranschlag nicht rechtzeitig (im März) dem Bürgerausschuß vorgelegt werden, und zwar infolge der verzögerten Verabschiedung des Reichsfinanzausgleichsgesetzes, das den Voranschlag erheblich beeinflußt, und zwar teils günstig, teils ungünstig. Die Wirkungen infolge dieser Aenderung der Reichsgesetzgebung mußten abgewartet werden. Es war (wie die Begründung zur stadträtlichen Vorlage des Voranschlages darlegt) das Ziel bei dessen Aufstellung, mit dem bisherigen Umlagesatz auch für 1927 auszukommen. So mußte auf gar manche Forderung der einzelnen Aemter unerbittlich verzichtet werden; auf der anderen Seite sollte beim Grundbesitz das Ziel der Beibehaltung der bisherigen Umlage durch Wiedereinführung der sogen. Tiefbauamtsgebühren erreicht werden.

Die Jahre 1923 und 1924 haben einen Wirtschaftsüberschuß, insgesamt von 2 339 381 M. ergeben, das Jahr 1925 dagegen, infolge der großen Steigerung der Fürsorgeausgaben, hat mit einem Fehlbetrag von 1 419 860 M. abgeschlossen; aus der gleichen Ursache wird auch das Jahr 1926 einen, wenn auch wesentlich kleineren Fehlbetrag aufweisen. Diese Fehlbeträge werden durch die Ueberschüsse der Vorjahre gedeckt. Der Aufwand für die Straßen steigert sich, infolge des zunehmenden Verkehrs, von 2 196 520 M. auf 2 340 490 M. Als günstig wird das Ergebnis der städtischen Betriebe bezeichnet; einige verlangen allerdings Zuschüsse: der Rheinhafen 85 770 M., der Stadtgarten 208 023 M., die Festhalle 117 310 M. (davon 70 200 M. für die geplante Restaurierung des großen Saales), das Konzerthaus 55 600 M. und die Ausstellungshalle 40 540 — im Ganzen 530 820 M. (140 000 M. mehr als im Vorjahre). Diese Zuschüsse werden aber durch die Ueberschüsse der rentierenden Werke mehr als ausgeglichen; diese liefern außer der Deckung der Zuschüsse noch 528 600 M. an die Stadthauptkasse als Gewinn ab. Sorgen bereitet der Stadtverwaltung die Entwicklung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, gegen 1914 eine Steigerung um beinahe das achtfache; die Bruttoausgaben für das Fürsorge- und Jugendamt belaufen sich auf 6 884 000 M., die Nettoausgaben (nach Abzug von Ersatzleistungen an die Stadt) auf 437 000 M. Uebrigens ist für das Arbeitsamt und die Erwerbslosenfürsorge mit einer Ermäßigung der Aufwendungen zu rechnen. Das Landestheater verlangt einen höheren Zuschuß als im Vorjahre (505 580 M. statt 412 950 Mark). Die Umlagefestsetzung für 1927, auf der Grundlage der Steuerwerte für 1926, kann nunmehr vorgenommen werden, der durch die Umlage 1927 aufzubringende ungedeckte Aufwand beträgt nach dem Voranschlag 3 673 950 M. Zur Ausgleichung dieses ungedeckten Aufwandes wird die Gemeindesteuer vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb nach dem Voranschlag wie folgt erhoben: Der Steuergrundbetrag beträgt für das Grundvermögen vom bebauten Grundbesitz von je 100 M. Steuerwert 42 Pfennig, für das sonstige Grundvermögen von je 100 M. Steuerwert 16 Pfg., für den Gewerbeertrag von je 100 M. Ertrag 3 M.; von diesen Steuergrundbeträgen kommen 160 Hundertteile zur Erhebung.

In der Debatte ergreift zunächst Stadtv.-Obmann Rothweiler das Wort. Er vermißt eine einleitende Etatsrede des Oberbürgermeisters. Freude an dem endlich fertiggestellten Voranschlag habe eigentlich niemand. Die Wirtschaftslage macht immer noch Sorgen, die sich im Voranschlag wiedeirspiegelt als Auswirkung des Krieges. Auf die Dauer wird es unmöglich sein, daß Reich, Länder und Gemeinden in den Finanzfragen im Gegensatz stehen. Redner erwähnt die Auswirkung der Reichsgesetzgebung auf den städtischen Haushalt und konstatiert eine steigende Tendenz der Verschlechterung des Haushalts. Ueberschüsse früherer Jahre sollten nicht zur Senkung der Umlage verwendet werdn. Das Ansteigen der Anleiheschulden verursache Bedenken; der Zinsendienst sei eine Million gestiegen gegen das Vorjahr; hier ist Zurückhaltung geboten. Der Vermögensstand der Stadt ist allerdings gestiegen, aber der Schein könnte trügen. Betr. den Ausgleich des ungedeckten Aufwandes verneint Redner eine Streichung der Ausgaben im Voranschlag, der sehr knapp aufgestellt sei. Es sei aber auch nicht wünschenswert, daß man durch eine starke Anspannung der Betriebe (mit Gebührenerhöhungen) den Ausgleich schafft. Auch der Rahmen der Sparsamkeit darf nicht zu weit gespannt werden; am jetzigen Voranschlag kann nichts gespart werden, der geschäftsleitende Vorstand stimmt ihm zu. Die Biersteuer bedauert der Redner, aber angesichts der Finanzlage ist sie nicht abzulehnen. Den Tiefbauamtsgebühren stimmt der geschäftsleitende Vorstand ebenfalls zu. Die Umlage betreffend hält es Redner für falsch, die Steuer unter allen Umständen nieder zu halten: die Steuerscheu dürfe nicht Prinzip werden, sonst leiden notwendige Ausgaben der Stadt. Die Umlage ist tragbar, zumal angesichts der Mietzinserhöhungen, die einen größeren Ertrag des Hausbesitzes sichern. Es besteht aber die Möglichkeit einer Nachtragsumlage. Erfreulich sei das Ergebnis der städt. Werke, die ausgebaut werden sollten. Dem vorgeschlagenen Straßenbahntarif stimmt Redner namens des geschäftsleitenden Vorstandes zu. Für den Generalbebauungsplan spricht Redner namens des Bürgerausschusses dem Autor Herrn Bürgermeister Schneider Dank aus. Genugtuung erwecke der Rückgang der Sterblichkeit in der Stadt (z. B. an Tuberkulose und der Kindersterblichkeit); die Stadtverwaltung darf auf dem Gebiete der Gesundheitspflege nicht erlahmen. Redner berührt noch den steigenden Zuschuß zum Landestheater, dessen Leitung auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung Rücksicht nehmen solle und schließt mit Worten der Anerkennung für die Spitze der Stadtverwaltung. (Beifall.)

Stadtv. Kautt (Dntl.) wünscht frühere Vorlegung des Voranschlags und des Rechnungsergebnisses, kritisiert eine Reihe von Positionen des Voranschlags und gibt Anregungen. U. a. sollten die öffentlichen Arbeiten des Hochbauamts für die Privatarchitektur ausgeschrieben werden. Für das Feuerlöschwesen sollte der Staat mehr an die Stadt leisten. Die Straßenbahn sei ein Muster für ganz Deutschland. Der Zuschuß zum Rheinhafen (850 000) sollte geringer werden. Das Defizit des Stadtgartens bedauert Redner; die Eintrittspreise sollten wieder etwas erhöht werden (für die Nicht-Karlsruher). Das Konzerthaus sollte einem anderen Verwendungszweck (z. B. Kino, Tanzlokal) zugeführt und verpachtet werden. (Der städtische Zuschuß beträgt 55 600 Mark.) Ein neues Altersheim sollte erstellt werden, mit Zuschuß des Staates. Redner freut sich, daß eine höhere Umlagebelastung nicht eintreten soll. Darum stimmt Redners Fraktion, trotz sonstiger schwerer Bedenken, dem Voranschlag zu und spricht der Stadtverwaltung Anerkennung aus.

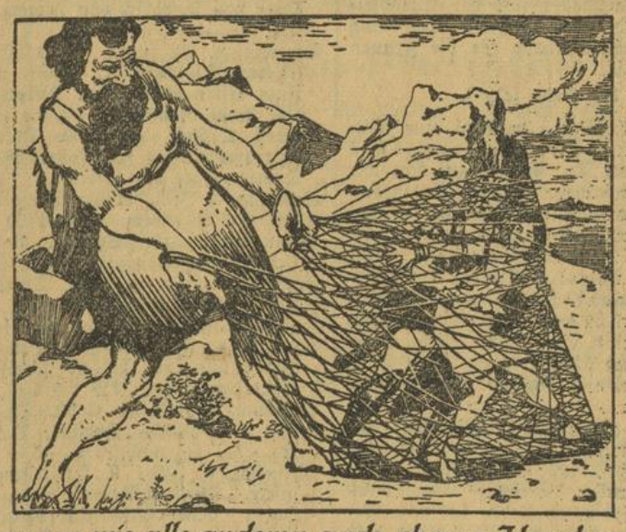
Stadtv. Dr. Engler (Soz.) hätte die Zuweisung der 300 000 Mk. Ueberschüsse aus den Jahren 1923 und 1924 an den Schuldentilgungsfond gewünscht (anstatt zur Entlastung der Wirtschaft 1927), um dadurch erneut eine höhere Aufwertung der städtischen Anleihe zu ermöglichen; ebenso sollte der Erneuerungsfonds der städtischen Werke mehr gestärkt werden. Redner hält die jährliche Vermehrung des Schuldenstandes der Städte für sehr bedenklich; es müsse das bei Beurteilung des Umlagefußes berücksichtigt werden. Die heutige Umlage ist (nach dem Realwert des Geldes) nicht höher als vor dem Krieg. Redner kündigt einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach der bebaute Grund ebenso, zu 80 Pfg., zur Umlage herangezogen werden soll wie der unbebaute. Grund, über die Umlage zu klagen, hätte wohl nur ein Teil der Gewerbetreibenden. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sei die Armut im allgemeinen in allen Ständen größer gewesen als heute; Grund und Gewerbe zahle im ganzen weniger an Steuern als vor dem Kriege. Redner warnt gewisse Parteien, zu Agitationszwecken den Voranschlag abzulehnen. Redners Partei hat auch manche Beanstandungen am Voranschlag zu machen, z. B. im Gebührenwesen; es sollte einheitlich eine andere, kaufmännischere Tarifpolitik Platz greifen (für Gas und Strom), um den Verbrauch zu heben. Redner äußert sich noch zu den eingebrachten Anträgen; die kommunistischen lehnt er ab.

Stadtv. Wild (Zentrum)

führte aus:

Nach mancherlei Fährnissen und durch Stürme verursachte Fahrtunterbrechungen ist das Schifflein des Voranschlags für 1927 endlich im Hafen

Der alte Vulkan raucht immer noch,



könnte man sagen, aber wir meinen hier den vortrefflichen, kunstreichen Gott, den seine Mutter Hera versehens vom Olymp auf die Insel Lemnos hinunter fallen ließ, was nicht ganz schmerzlos gewesen sein soll. Er legte seine Eisengießereien und Maschinenwerkstätten unter Kleinasien an, mit der Esse durch den Aetna auf Sizilien. Die Hitze dieses Fernheizwerkes tat noch später den darüber wachsenden Tabaken wohl. Vom Vulkan erzählen sich die Griechen ein lustiges Histörchen, wie er einmal seine Gemahlin Venus mit dem Mars bei einem Rendezvous ertappte und beide in einem Netz fing, dessen Inhalt er mit dröhnendem Gelächter vor Zeus ausschüttete. Seine Gehilfen in seinen Schwerbetrieben waren jene starken Schwerarbeiter die Cyklopen. Aber selbst Schwerarbeiter sind keine Liebhaber schwerer Tabake, sondern bevorzugen wie alle anderen auch, ob nun Hand- oder Kopfarbeiter, milde, leichte und würzige Zigaretten, wie sie mit unseren

Greiling-Auslese, 5 ₰ und Juwel, 6 ₰

geboten werden. Sie verleihen nicht nur einem Cyklopen Anmut, ihr Genuß überströmt den Raucher auch mit der bewundernswerten Gelassenheit Vulkans.

gelandet. Es ließe sich ja sicher auch ein anderer Voranschlag denken, anders nach beiden Seiten. Ein noch mehr gedrosselter Voranschlag, der uns keine Bewegungsfreiheit gewährt und uns schließlich auf das Niveau einer Kleinstadt herunterdrückt oder ein reichlich ausgestatteter Voranschlag mit großem Zug, erfüllt von einem rosigen Optimismus in der Hoffnung auf eine künftige wirtschaftliche Glanzperiode, aber auch ausgestattet mit einem fetten Umlagezettel. Keine von diesen beiden Möglichkeiten liegt vor uns; es ist ein Kompromißwerk, geboren aus der Not und den Möglichkeiten der Stunde. Wieder kommt der Voranschlag reichlich spät; doch es ist nicht die Schuld der Stadtverwaltung; wie seit Jahren sind es die anscheinend nie zur Ruhe kommenden Fragen des Finanzausgleichs und der Steuergesetzgebung, die die Verzögerung bedingten und jetzt erst den Schlußstrich ermöglichten.

Eine einschneidende Veränderung für die gemeindliche Finanzgebarung brachte die im Juli 1926 verabschiedete Aenderung des badischen Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Das Hauptziel war die Wiederherstellung des Vorkriegsverhältnisses hinsichtlich der Belastung des Liegenschaftsvermögens und des gewerblichen Betriebsvermögens. Ganz neu für uns in Baden ist die Aenderung der Besteuerung der Betriebe, insofern als neben die Besteuerung des Betriebsvermögens die des Ertrags getreten ist. Verständlich in der Zeit der wirtschaftlichen Depression, die große Betriebsvermögen brach liegen läßt. Die Wirkung dieser steuerlichen Aenderung ist im Begleitwort eingehend dargelegt; ich versage es mir, näher darauf einzugehen. Daß die gewerblichen und Industriebetriebe bei der neuen Sachlage stärker herangezogen werden, wird gemildert durch den Umstand, daß die Zahl der Steuerpflichtigen sich um 58 Prozent vergrößert hat, also jetzt ein weit größerer Kreis und gerade der leistungsfähigste zur Lastentragung herangezogen wird.

Ein Schönheitsfehler grundsätzlicher Art haftet der neuen Art der Besteuerung der Betriebe zweifellos an. Die Besteuerung des Ertrags ist nichts anderes als eine doppelte Einkommensbesteuerung, also eigentlich ein Verstoß gegen Grundprinzipien der Steuerpolitik. Doch allzu tragisch ist das nicht zu nehmen. Gerade bei der Besteuerung der Betriebe bestehen soviele Möglichkeiten, durch das weitmaschige Netz der Fassionsvorschriften durchzuschlüpfen, wie nirgends sonst. Und es wird reichlich davon Gebrauch gemacht, während das große Heer der Festbesoldeten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten den letzten Pfennig ihres Einkommens versteuern muß. Anders ist es ja nicht zu erklären, daß große Betriebe, bei deren Vertreter man in der Lebenshaltung keinen Mangel entdeckt, keinen Ertrag oder nur einen ganz bescheidenen haben. Wenn allerdings die leitenden Personen Riesengehälter beziehen, dann bleibt kein Ertrag mehr übrig, der besteuert werden kann.

Um die Steuermoral ist es immer noch schlecht bestellt! Unschön wirkt bei neuen Steuergesetzen immer die Rückwirkung; damit sollte einmal Schluß gemacht werden. Die Vorbereitungen des Voranschlags waren stark beeinflußt von der Frage der Wiedereinführung der sogen. Tiefbauamtsgebühren. Durch den Vorschlag des Zentrumsvertreters in der Sparkommission ist es ja gelungen, der Gebührenvorlage die schlimmsten Giftzähne auszubrechen durch Beseitigung der wirklich unangebrachten Gebühren für die Straßenreinigung. Trotzdem kann die Wiedereinführung der Gebühren keine Freude auslösen. Es ist wieder eine neue Belastung, ein neuer Steuerzettel. Das wirkt immer aufreizend, verstimmend. Wir hätten eigenlich gewünscht, reinen Tisch zu machen und auch den Aufwand für die Müllabfuhr, die Grubenentleerung und die Schwemmkanalisation in die Umlage einzubauen und einheitlich umzulegen. Allein es sprechen ja auch mancherlei Gründe für die jetzt beliebte Regelung; deswegen können wir dem Kompromißvorschlag zustimmen.

Unter Einrechnung der Gebühren wird der Umlagesatz für die Besteuerung des bebauten Grundbesitzes für 1926 und 1927 derselbe sein, wie in den Jahren 1924 und 1925. Damit ist außerordentlich viel erreicht. Trotz Steigerung des Aufwandes für einzelne gemeindliche Aufgaben, keine Umlageerhöhung. Und damit ein Umlagesatz, mit dem wir uns im Konkurrenzkampf der Städte sehen lassen können. Auch die vorgesehenen besonderen Umlagefüße für die verschiedenen Steuerquellen, unbebauten Grundbesitz, Gewerbevermögen und Gewinnertrag finden für 1926 und 1927 unsere Zustimmung. Damit habe ich namens meiner Fraktion die Zustimmung zum Gesamtvoranschlag und der damit in Verbindung stehenden Beschlußfassungen zum Ausdruck gebracht. Gegen die Aenderung des Voranschlags wie beantragt, sind wir. Man soll den mühsam errungenen Kompromiß lassen.

Ich benütze diese Gelegenheit, um der Stadtverwaltung, dem Bürgermeisteramt, der städtischen Beamten- u. Arbeiterschaft Dank und Anerkennung der Zentrumsfraktion zum Ausdruck zu bringen. Wir haben Vertrauen zur Führung unseres Gemeinwesens und sind deswegen wie bisher, so auch in Zukunft bereit, die Verantwortung mitzutragen. Diese Stellungnahme wird uns erleichtert im Blick auf die allgemeine Lage unserer Gemeindefinanzen, auf den Stand des Vermögens und der Schulden, wie er sich in der Darstellung zum Teil II. präsentiert. Wohl ein Anwachsen der Schulden, aber damit zugleich ein solches des investierten Vermögens. Jedenfalls kein Grund zur Besorgnis, sondern die beruhigende Gewißheit eines geordneten Finanzwesen.

Meine politischen Freunde hoffen zuversichtlich, daß unsere Finanzgebarung und unser Voranschlagsgebäude nicht noch einmal eine Erschütterung erfährt in Ansehung der Vorlage über die Biersteuer. Die angesonnene Belastung ist beim Brau- und Wirtschaftsgewerbe in den Bierpreis einkalkuliert. Eine Nichterhebung dieser Steuer bedeutet für die Konsumenten keinerlei Verbilligung des Bierpreises. Das hieße Geld, das auf der Straße liegt, liegen lassen. Darum doch keine Sentimentalitäten und kein Klagen über die Belastung des Getränkes des kleinen Mannes. Den Nutzen von der Nichterhebung der Biersteuer hätte nicht der kleine Mann.

Ein vielumstrittener Posten ist schon seit Jahren der Aufwand für die Straßen. Allein die Steigerung des Verkehrs und die Umwälzung in der Art der Verkehrsmittel zwingen uns zu erhöhten Aufwendungen. Glaube man doch nicht, hier durch Knauserigkeit sparen zu können; nein jede Kleinigkeit wird uns auf diesem Gebiete für die Zukunft noch härtere Lasten auferlegen.

Ich möchte aber bei diesem Anlaß der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß die Gemeinden, die so große Aufwendungen für die durch den Kraftwagenverkehr zugrundgerichteten Straßen machen müssen, auch eine entsprechende Beteiligung an der Kraftwagensteuer erhalten. Der jetzige Zustand ist nicht gerecht. Ein großer Teil der Kraftfahrzeuge richtet eben nur die städtischen Straßen und nicht die Landstraßen zugrunde.

Und nun ein Wort zu unseren städtischen Betrieben. Unsere Betriebe — unser Stolz. Es ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung vor der Zukunft, die Betriebe auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Deshalb bin ich gegen die Anträge, aus dem Erneuerungsfonds Mittel zu nehmen.

Der Voranschlag weist aus, daß es heute schon ganz erhebliche Summen sind, die aus den Betrieben in die allgemeine Wirtschaft der Stadt fließen. Das ist in Ordnung, denn es sind fast durchweg Monopolbetriebe, von denen man für die Unternehmer auch einigen Gewinn erwarten darf. Monopolbetriebe aber auch, die in der Hauptsache Bedürfnisse des täglichen Lebens liefern und die deswegen in der Preisgestaltung Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung nehmen müssen. Deswegen möchte ich das Rezept nicht schlechthin verwirklicht sehen, das neulich ein Kommunalpolitiker im Karlsruher Tagblatt verordnete. Er meinte, die gemeindlichen Finanzsorgen seien einfach dadurch zu beheben, daß die städtischen Betriebe noch höhere Beiträge für den ordentlichen Haushalt abwerfen. Insoweit dabei an eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung für die Masse der Bevölkerung gedacht wird, müssen wir das ablehnen. (Sehr gut!)

Für die Versorgung mit elektr. Energie und Gas erwarten wir bald die Vorlage wegen einer Reform des Tarifs, von der wir uns eine Verbilligung der Stromlieferung, damit eine Steigerung des Verbrauchs und mithin die möglichst volle Ausnützung unseres Werkes versprechen. Bei einem etwaigen Grundtarif dürfen die sozialen Belange nicht vergessen werden.

Für die Straßenbahn liegt eine Vorlage wegen einer Tarifänderung vor. Wir stimmen dieser Vorlage zu, da sie einen Mehrertrag erwarten läßt, dabei aber für die einheimische Bevölkerung durch die verbilligten Heftchen eigentlich keine Mehrbelastung, sondern eher eine Verbilligung bedeutet.

Wir haben aber den Wunsch, daß die Mehrerträge der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zugute kommen. Auf diesem Gebiete haben wir noch wichtige Zukunftsaufgaben zu erfüllen. Ich erinnere nur an die Einbeziehung der Hardtorte in das Straßenbahnnetz. Eine Maßnahme, die kommen muß, da der Lokalbahnbetrieb nach Durmersheim seine Aufgabe nicht erfüllt; eine Maßnahme auch, von der man eine Belebung des wirtschaftlichen Lebens der Stadt erwarten darf. (Zuruf: Höchste Zeit!)

Schon vor Jahresfrist haben wir für den Rheinhafen dem Bau des 5. Beckens zugestimmt. Es wäre zu wünschen, daß die Ausführung nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt. Die Entwicklung in unserem Karlsruher Hafen geht ja erfreulich aufwärts. Sorgen wir dafür, daß wir gerüstet sind, wenn die Wiederbelebung der Wirtschaft erhöhte Anforderungen stellt. Wenn wir erst dann an die Ausführung herantreten, wenn die Anforderungen sich häufen, könnten wir leicht ins Hintertreffen geraten.

Gegen die Bestrebungen der Gesellschaft für Gas- und Kraftfernversorgung, auch Karlsruhe in ihren Bereich zu ziehen, bin ich mit meinen Freunden. Karlsruhe wird selbständig bleiben.

Der im Fürsorgewesen verankerte soziale Gedanke sollte auch auf dem Gebiete der Schulen noch festere Wurzeln fassen. Und zwar möchte ich die Bestrebungen des Bundes der Kinderreichen nachdrücklichst unterstützen, die dahin zielen, daß die vollständige Schulgeldbefreiung schon vom dritten Kinde an Platz greift, nicht erst wie seither, wo für das dritte Kind nur die Hälfte nachgelassen wurde und erst vom vierten Kinde an die vollständige Befreiung einsetzte. Wenn dem Antrag, den meine Fraktion in dieser Richtung gestellt hat, stattgegeben wird, wird mancher Familie die Erziehung der Kinder erleichtert werden. Finanziell wird der Ausfall für die Kassen der Stadt und des Staates nur unbedeutend sein.

Besondere Berücksichtigung verdienen die kinderreichen Familien aber auch auf dem Gebiete der Darlehensgewährung beim Wohnungsbau. Es ist ja heute für kinderreiche Familien ja schon fast unmöglich geworden, Wohnungen zu finden, da sie bei weitaus den meisten Hauseigentümern als Mieter ja abgelehnt werden.

Für unsere Badanstalten ist die Erweiterung der Wannenbäder und der Kurabteilung im Vierordtbad, aber auch die Schaffung einer besonderen Schwimmhalle für die Frauen zwingendes Bedürfnis.

(Schluß der Rede folgt.)

Stadtv. Keßler (Dem.) vermißt eine Mitteilung über das Rechnungsergebnis von 1926. Er stimmt Dr. Engler zu, daß wir langsam in eine Schuldenwirtschaft hineinkommen. Der Biersteuer stimmt Redner zu. Bezüglich der Steuern behält sich Redners Fraktion die Stellungnahme vor. Die Fürsorge müsse auch einen erzieherischen Charakter haben. Notstandsarbeiten sollen möglichst frühzeitig in Angriff genommen werden. Redner tritt für weitere Schulhausbauten ein. Dem Ettlingertor-Antrag des Zentrums stimmt er zu. Dem Dank an die Stadtverwaltung schließt sich Redners Fraktion an.

Stadtv. Bauer (D.-lib. Vp.): Wirtschaft und Kapital sind die wichtigsten Faktoren zur Hebung des Volkes, aber alle Stände sollen Anteil daran haben, mehr als früher. Strenge Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben tut not. Der Umlagesatz ist zu hoch; der Mittelstand habe eine zu schwere Steuerlast zu tragen; um die sozialen Forderungen auf die Dauer erfüllen zu können, brauchen wir einen kräftigen Mittelstand. Redner befürwortet einen Antrag seiner Fraktion, die 500 000 Mk. für den Erneuerungsfond aus einer Anleihe zu bestreiten. Beim Landestheater muß man sich mehr nach den Einnahmen richten, als nach den Zuschüssen von Staat und Stadt; Redner empfiehlt eine Theatergemeinschaft von Karlsruhe mit benachbarten großen Städten. Zur Verringerung der zu schweren Steuerlast der Gegenwart tritt Redner für den Weg vermehrter Anleiheaufnahme ein und empfiehlt den Antrag seiner Fraktion. Zum Schlusse polemisiert Redner gegen einen Artikel des „Bad. Beob." gegen die Rathauspolitik der deutsch-lib. Volkspartei, worauf die Antwort nicht ausbleiben wird.

Hier wird abgebrochen und die Weiterberatung auf morgen 4 Uhr vertagt.

Jahreshauptversammlung des Verkehrs-Vereins Karlsruhe

Mittwoch nachmittag 6 Uhr fand im Hotel National die 24. Hauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe e. V. statt, die gut besucht war. Stadtverordneter Lang eröffnete als stellvertretender Vorsitzender die Versammlung und teilte mit, daß es gelungen ist, Verbandsdirektor Steinel wieder als 1. Vorsitzenden zu gewinnen. Direktor Lacher machte zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht einige allgemeine verkehrspolitische Ausführungen und Mitteilungen. Die Elektrifizierung der badischen Bahnen müsse beschleunigt werden, wenn diese Linien nicht ins Hintertreffen kommen sollten, vor allem, angesichts des Ausbaues und der Elektrifizierung der württembergischen Bahnen. Es ginge nicht an, daß die badischen Bahnen erst an fünfter Stelle elektrifiziert würden, und man müsse verlangen, daß die Nord-Süd-Strecke Frankfurt-Basel, die Ost-West-Linie, aber auch die Murgtalbahn und die Kraichgaubahn, die jetzt die kürzeste Verbindung nach Berlin wird, elektrischen Betrieb bekämen. Direktor Lacher streifte kurz die erfreuliche Entwicklung des Flughafens Karlsruhe mit seiner Flugwerft und des Rheinhafens, der immer stärkeren Verkehr an sich zieht. Zur Rheinbrückenfrage hob er die andauernden Bemühungen des Verkehrsvereins mit der Stadt, der Handelskammer und anderen Stellen hervor, und verlangte energisch, daß die drei Brückenprojekte, wie versprochen, gleichmäßig behandelt würden.

Die „Karlsruher Herbsttage" sollten beibehalten werden. Karlsruhe könne auf allen Gebieten Hervorragendes leisten, wenn die nötigen Mittel zur Verfügung ständen.

Für das nächste Jahr seien schon eine ganze Reihe bedeutender verkehrsbelebender Veranstaltungen gesichert, ganz neu sei hinzugekommen die Hauptversammlung der Pfälzerwaldvereine mit einer verkehrspolitisch bedeutsamen Pfalzausstellung und des Vereins Badische Heimat. Direktor Lacher schlug vor, die Stadtverwaltung zu ersuchen, Karlsruhe offiziell die Bezeichnung „Karlsruhe am Rhein" zu geben. Karlsruhe habe seinen Rheinhafen, die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gehe an den Rhein, die Gemarkung der Stadt reiche heute schon bis Strommitte; damit sei der Antrag wohl begründet. Mit einem Dank an die Regierung, die Stadt, die Presse, den Ausschuß, die Generalversammlung, die Vorsitzenden und seine Mitarbeiter schloß der Geschäftsführer des Verkehrsvereins seine Ausführungen.

Stadtverordneter Lang dankte Direktor Lacher. Kassier Muncke trug den Rechnungsabschluß und den Voranschlag vor; nach Verlesung des Revisionsberichtes wurde einstimmig Entlastung erteilt. In der Aussprache betonte Großkaufmann Neumann die Dringlichkeit der Maxauer Brücke. Hotelier Sitzler legt dar, daß es sehr wertvoll sein würde, wenn man, wie vorgeschlagen, die Begriffe „Karlsruhe am Schwarzwald" und vor allem „Karlsruhe am Rhein" einführe. Die Straßenmarkierung in Baden sei denkbar schlecht und müsse gebessert werden. Am Landestheater sollten Wagner-Opern mehr gepflegt werden. Redakteur Proschky teilte mit, daß seitens der Bad. Regierung ein umfangreiches Projekt für eine einheitliche Beschilderung der Straßen in Baden demnächst ausgeführt werde. In anderen Städten wie Mannheim, Heidelberg stellten die Stadtverwaltungen erheblich höhere Mittel den Verkehrswochen zur Verfügung als in Karlsruhe. Das Landestheater könne der Träger der „Karlsruher Herbsttage" werden und sollte in dieser Zeit eine große Wagner-Woche unternehmen. Redakteur Binder beschäftigte sich mit dem Defizit des Landestheaters und verlangte äußerste Sparsamkeit. Der Ausbau des Rappenwörths sollte so schnell wie möglich in Angriff genommen werden, da das wilde Baden, zumal bei dem Fehlen jeglicher Rettungsvorrichtungen, dauernd Todesopfer fordere.

Man kam dann zur Abstimmung über eine Entschließung in der Rheinbrückenfrage und der Elektrifizierung, die einstimmig angenommen wurde. Der Antrag des Direktors Lacher, für die Bezeichnung „Karlsruhe am Rhein" einzutreten und ein Antrag des Rechtsanwalts Schön, die Fortführung der Straßenbahn von Knielingen nach Maxau zu fordern, wurden ebenfalls angenommen. In den Ausschuß wurden für zwei ausgeschiedene Mitglieder Stadtrat Töpper und Herr Röhrig als Vorsitzender des Gastwirtevereins gewählt. Als beratende Mitglieder wurden der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine, Herr Krauß, der Vorsitzende der Werbekommission Handelslehrer Dennler, und der Vorsitzende der Kunst- und Verschönerungskommission, Regierungsbaumeister Brunisch zum Ausschuß berufen. Als 1. Vorsitzender wurde unter Beifall Stadtverordneter Leopold Steinel wiedergewählt. Mit einem Dank an die Versammlung schloß Stadtverordneter Lang die Sitzung.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 25. Juni bis 9. Juli 1927.

a) **Im Landestheater.**

Samstag, 25. Juni. Außer Miete. Abschiedsvorstellung für Herma Clement: **„Fräulein Julie"**. Trauerspiel von August Strindberg. Hierauf: **„Anatols Hochzeitsmorgen"** von Arthur Schnitzler. 8 bis nach 10. (5.—.)

Sonntag, 26. Juni. ★ C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. **„Die weiße Dame."** Oper von Boieldieu. 7½ bis 10 (7.—)

Montag, 27. Juni. Volksbühne 11. **„Volpone"** oder **„Der Tanz ums Geld."** Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. 7½— n. 10¼ (5.—)
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf von Ben Jonson. 7½ bis nach 10¼. (5.—.) freigehalten.

Dienstag, 28. Juni. ★ G 30. Th.-Gem. 1101 bis 1200. Neueinstudiert: **„Tosca"**. Oper von Puccini. 7½ bis 10. (7.—.)

Mittwoch, 29. Juni. ★ B 30. Th.-Gem. 1001 1100 und 1401—1525. **„Alessandro Stradello"**. Oper von Friedrich von Flotow. 7½ bis nach 9¾. (7.—)

Donnerstag, 30. Juni. ★ D 30. (Donnerstag-Miete.) Th.-Gem. 1. S.-Gr. und 2.2 S.-Gr. Zum ersten Mal: **„Der Diktator"**. Schauspiel von Jules Romains. 7½ bis 10. (5.—.)

Freitag, 1. Juli. ★ F 30. (Freitagmiete.) Abschiedsvorstellung für Robert Butz: **„Die weiße Dame"**. Oper von Boieldieu. 7½ b. 10. (7.—.)

Samstag, 2. Juli. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete G). Th.-Gem. 1201—1400 und 3. S.-Gr. Neu einstudiert: **„Sylvia"**. Ballett von Jules Berbier und Merante. 8 bis 10. (7.—.)

Sonntag, 3. Juli. ★ A 29. Th.-Gem. 901—1000. Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knöll: **„Tosca"**. Oper von Puccini. 7½ bis 10. (7.—.)

Montag, 4. Juli. Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **„Carmen"**. Oper von Bizet. 7½ bis 10½. (3.50.)

Dienstag, 5. Juli. ★ C 30. Th.-Gem. 701—900 und 1101—1200. **„Judith"**. Tragödie von Hebbel. 7½ bis nach 10¼. (5.—.)

Mittwoch, 6. Juli. 9. Vorstellung der Schülermiete. **„Thomas Paine"**. Schauspiel von Hanns Johst. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 6½ bis 8½. (5.—.)

Donnerstag, 7. Juli. Volksbühne 11. **„Volpone"** oder, **„Der Tanz ums Geld"**. Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 7½ bis 10¼. (5.—.)

Freitag, 8. Juli. Volksbühne 11. **„Volpone"** oder: **„Der Tanz ums Geld"**. Eine lieblose Komödie von Ben Jonson. Karten jeder Platzgattung sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 7½ bis nach 10¼. (5.—.)

Samstag, 9. Juli. ★ A 30. Th.-Gem. 1001—1100, 1401—1525 und 3. S.-Gr. Zum ersten Mal: **„Das Nürnbergische Ei"**. Schauspiel von Walter Harlan. 7½ bis 10. (5.—.)

b) **Im städt. Konzerthaus.**

Sonntag, 26. Juni. ★ Th.-Gem. 901—1000 und 1201—1400. **„Mein Vetter Eduarb"**. Schwank von Fritz Friedmann-Frederich und Ralph Artur Roberts. 7½ bis 9¾. (4.—.)

Erste Vorstellungen nach den Ferien:

Samstag, 3. September: **„Florian Geyer"** von Gerhart Hauptmann.

Sonntag, 4. September: **„Don Giovanni"** von Mozart.

Vorrecht: a) Bei Mietvorstellungen: Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils Samstag nachmittags von 3½—5 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmiete mit 10 % Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½—12 Uhr. Die im Wochenspielplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Bad. Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 588, und Reisebüro Hermann Meyle, Kaiserstr. 141, Tel. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503

Badische Landeswetterwarte

Ausgegeben am Donnerstag.

Allgemeine Witterungsübersicht. Nach Abzug des Tiefdruckausläufers, der gestern auch für Baden vorübergehend Bewölkung mit einzelnen Strichregen brachte, herrscht wieder heiteres Wetter mit nordöstlicher Luftzufuhr aus einem inzwischen nach dem europäischen Festlande gewanderten neuen Teilhoch. Der Durchzug einer neuen gegenwärtig über dem Aermelkanal liegenden Störung wird morgen voraussichtlich wieder vorübergehend Bewölkung, Abkühlung und einzelne Strichregen bringen.

Voraussichtliche Witterung am Freitag: Zeitweilig wolkig, kühler, einzelne Strichregen bei auffrischenden Westwinden.

Wasserstand des Rheins am Donnerstag, den 23. Juni, morgens 6 Uhr: Waldshut 378, unv.; Schusterinsel 267, gef. 3; Kehl 375, gef. 5; Maxau 575, gest. 4; Mannheim 479, gef. 22 Ztm.

Karlsruhe

den 24. Juni 1927

Arbeitsjubilare. Bei der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid u. Neu feiern am 23. Juni der Montage-Schlosser David Bechtold und am 29. Juni der Justage-Schlosser August Hoffmann ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Den Jubilaren wurde von der Direktion der Firma ein Diplom, sowie ein Geldgeschenk übereicht, ferner wurde ihnen Gelegenheit gegeben, den Jubeltag im Kreise ihrer Freunde und Bekannten festlich zu begehen.

Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes. Mit der neuen Spielzeit tritt die Theatergemeinde Karlsruhe in das siebte Geschäftsjahr. Ihre Arbeit in den sechs Jahren kann man wohl als einen Beweis dafür ansprechen, daß die Theatergemeinde im kulturellen Leben der Stadt eine beachtenswerte Aufgabe erfolgreich durchführt. Die Theatergemeinde sammelt in ihre Reihen alle jene Kreise, die, der Volksbühne fernstehend, sich den regelmäßigen Besuch von Opern- und Schauspielvorstellungen im Landestheater zu erschwinglichem Preis und unter günstigen Platzbedingungen sichern wollen. Zu den zehn Vorstellungen im Jahre (vier Opern, sechs Schauspielabende) sind seit drei Jahren ein Kammerspielabend und ein Sinfoniekonzert hinzugetreten, wie denn die Theatergemeinde kein eng umgrenztes Programm oder Kunstgebiet pflegt. Ihre Mitglieder haben an nahezu allen Vorstellungen des Landestheaters teilgenommen, und somit wie die Abonnenten ein lückenloses Bild dessen bekommen, was das Theater an künstlerischen Werten im Laufe eines Spieljahres ausgibt. Die Theatergemeinde ruft heute zur Neueinzeichnung auf (siehe Inserat), die, wie man nicht zuletzt auch im Interesse des Landestheaters, dessen festen Besucherkreis die Theatergemeinde erweitert, füglich erwarten darf, mit einem guten Erfolg abschließt. Ausführliches Flugblatt in der Geschäftsstelle: Schloßbezirk 5, II (über der Theaterkasse), täglich von 9—1 und 4—6 Uhr erhältlich.

Karlsruhe als Kongreßstadt. Der Verband zur Wahrung der Interessen der Deutschen Betriebskrankenkassen hat nach Mitteilung des Verkehrsvereins beschlossen, seine nächstjährige Hauptversammlung hier abzuhalten. Es werden zu dieser Tagung etwa 2000 Teilnehmer zu erwarten sein. — Wie der Verkehrsverein Karlsruhe mitteilt, ist nunmehr auch die nächstjährige Hauptversammlung des Vereins Badische Heimat für Karlsruhe gesichert. Es ist sehr zu begrüßen, daß diese bedeutende Vereinigung die badische Landeshauptstadt zum Tagungsort auf die Einladungen der Stadtverwaltung und des Verkehrsvereins hin gewählt hat. Karlsruhe steht in der Pflege des Heimatgedankens und in der Ausgestaltung und Vertiefung der Heimatkultur an führender Stelle, und die Hauptversammlung des Vereins Badische Heimat wird Gelegenheit geben, eine große Zahl heimatkundlicher Veranstaltungen in Karlsruhe abzuhalten. Vielleicht ist es auch möglich, daß die verschobene große Ausstellung „Mein Heimatland" aus Anlaß dieser Tagung im nächsten Jahr zustande kommt.

Verbindungssonderzüge der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Für das Sommerhalbjahr 1927 ist die Führung von folgenden Verbindungssonderzügen vorgesehen: Am 1. Juli zwei Züge von Mannheim bzw. Bruchsal nach München und zurück. Mannheim ab 21.35 Uhr, Bruchsal ab 22.03, Karlsruhe ab 20.54, München an 5.05 Uhr, bzw. 4.50. Die Rückfahrt erfolgt am 4. oder 7. Juli. Der Fahrpreis beträgt ab Karlsruhe 15.80 Mk., ab Bruchsal 14.25 Mk., ab Pforzheim 13.80 Mk., ab Mannheim 16.60 bzw. 17.20 Mk. Hin- und Rückfahrt ist nur im Sonderzug gestattet. Der auf 3. Juli vorgesehene Sonderzug nach Wimpfen verkehrt ab Karlsruhe statt ab Mannheim. Zur Sängerwoche in Nürnberg verkehrt ein Sonderzug von Karlsruhe am 2. Juli. Rückfahrt am 4. Juli über Rothenburg ob der Tauber zur Besichtigung der Stadt und von dort am 5. Juli nach Karlsruhe. Fahrpreis für die ganze Fahrt 12.40 Mk. Am 6. August gelangt ein Sonderzug zur Schloßbeleuchtung nach Meersburg zur Durchführung. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 33⅓ Prozent. Anmeldungen sind rechtzeitig an das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe zu richten. Ferner sind folgende Züge vorgesehen: Am 4. September von Mannheim nach Kochendorf und Wimpfen und zurück. Am 11. September von Karlsruhe nach Bad Homburg und zurück. Fahrpreis 7.45 Mk. Am 23. Sept. nach München zum Oktoberfest.

Beschlagnahmtes Fahrrad. In einer Strafsache wurde ein Herrenfahrrad Marke „Esco" Nr. 16 185 beschlagnahmt. Eigentumsansprüche erbittet das Bad. Landespolizeiamt in Karlsruhe (Bezirksamtsgebäude), Zimmer 70, auch schriftlich.

Unfall. Ein 7 Jahre alter Knabe sprang Mittwoch nachmittag in der Kaiserstraße bei der Hirschstraße hinter einem elektrischen Straßenbahnwagen hervor. Er wurde von einem entgegenkommenden Personenkraftwagen angefahren, zu Boden geworfen und erlitt eine Kopfverletzung. Der Besitzer des Autos verbrachte den Knaben nach dem städtischen Krankenhaus, wo er nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden konnte.

Unfall mit Todesfolge. Mittwoch nachmittag 2.30 Uhr wollte der 47 Jahre alte Schlosser Josef Henneka mit einem mit Kohlen beladenen, vierrädrigen Handwagen vor dem Hause Essenweinstraße 18 von der Fahrbahn auf den Geweg fahren. Hierbei glitt ihm die Deichsel aus der Hand und stieß ihm auf den Unterleib, wobei er so schwere innerliche Verletzungen erlitt, daß der Tod sofort eintrat.

Veranstaltungen

Sonnenwendfeier im Stadtgarten. Wir wollen nicht versäumen, unsere Leser auf die am Samstag abend, den 25. d. M., im Stadtgarten stattfindende Johannisfeier aufmerksam zu machen, deren Besuch wir in Anbetracht des besonders Gebotenen sehr empfehlen. Die Feuerwehrkapelle, der der musikalische Teil dieses Abends übertragen ist, wird ein dem Abend angepaßtes Konzertprogramm zur Ausführung bringen, das dem verwöhntesten Geschmack Rechnung trägt. Aus dem bunten Melodienkranz seien besonders hervorgehoben die Ouverture aus der Oper „Freischütz" von Weber und die „Ungarische Rhapsodie Nr. 2" von Liszt, sowie angereihte Stücke aus der Oper: „Cavaleria rusticana" von Mascagni. Als Hauptanziehungspunkt dieses Abends dürfte zweifellos das von der bekannten Firma W. Fischer, Cleebronn i. Wttbg. ausgeführte Feuerwerk sein, umsomehr als die Darbietungen dieser Firma noch allerorts stets größten Beifall fanden, der auch an diesem Abend nicht ausbleiben wird. Die pyrotechnische Tafel „Hexe mit Eule über den See schreitend" wird große Heiterkeitsstürme hervorrufen. Zum Schluß findet dann noch eine der beliebten bengalischen Beleuchtungen statt und auf dem See wird das symbolische Sonnwendfeuer zum nächtlichen Himmel emporlodern, während auf dem See lampiongeschmückte Boote leise schaukelnd ihre Bahn ziehen. — Johanniszauber —

Aus den Vereinen

Windthorstbund Karlsruhe. Heute abend 8½ Uhr spricht in der „Alten Linde" Herr Landtagsabgeordneter Heurich über das Thema: „Die Nationalisierung der deutschen Wirtschaft". Erscheint alle rechtzeitig!

Kath. Arbeiterverein St. Bernhard. Am Sonntag, den 26. Juni, abends halb 8 Uhr, im Saalbau, Lachnerstraße, Namenstagsfeier unseres H. H. Präses Kaplan P. Weibel. NB. Jeden Mittwoch abend 9 Uhr im Saalbau Singstunde.

Letzte Meldungen

Heidelberger Studentenschaft gegen Wiedereintritt in die Deutsche Studentenschaft

Heidelberg, 23. Juni. Die Gesamtabstimmung der Heidelberger Studentenschaft über den Wiedereintritt Heidelbergs in die Deutsche Studentenschaft endete gestern mit einer Ablehnung des Antrags auf Wiedereintritt.

Die Heidelberger Studentenschaft hat sich somit entschlossen, der Deutschen Studentenschaft, aus der sie zu Anfang dieses Jahres angeschlossen wurde, fernzubleiben. Sie hat sich damit gegen die Deutsche Studentenschaft ausgesprochen, die noch unter der alleinigen Herrschaft des Hochschulrings Deutscher Art steht, von dem sich in den letzten Wochen Korporationen in Freiburg und Bonn, die Deutsche Burschenschaft und die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei losgesagt haben. In Heidelberger studentischen Kreisen nimmt man, laut „Heidelberger Neuesten Nachrichten" an, daß nunmehr von Seiten der Deutschen Studentenschaft der Versuch gemacht wird, durch neue praktische Maßnahmen ein Wiedereintritt Heidelbergs zu ermöglichen. Die Austritte anderer Studentenschaften, die ultimativen, bis zum 1. Oktober befristeten Forderungen des preußischen Kultusministers, sowie die schwindende Bedeutung des Hochschulrings weist immer deutlicher daraufhin, daß eine Entpolitisierung der Studentenschaft jetzt von der Mehrheit der Studenten entschieden gefordert wird, und daß das Staatsbürgerprinzip der einzige Weg ist, auf dem man zu einer großdeutschen Studentenschaft gelangen kann.

*

85 000 Mark erschwindelt.

Schneidemühl, 23. Juni. Ein Mann namens Buckwitz, der sich hier vorübergehend aufhielt, hat eine hiesige Bank durch Fälschungen von Papieren um 85 000 Mark betrogen. Vermutlich hat ein Helfershelfer die erforderlichen, vorzüglich gefälschten Schreiben von einer anderen Stadt hierhergesandt.

Literatur

„Deutsche Heimatbilder" von Adolf Eyermann. Mit 160 Illustrationen nach Originalaufnahmen des Verfassers. Volksverband der Bücherfreunde — Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Durch dieses freundliche Buch lernt man auf angenehme Weise viele Schönheiten aus fast allen deutschen Landschaften kennen, die der Autor in ihren versteckten Winkeln und an der Straße des werktätigen Lebens zu finden und auf die photographische Platte zu bannen gewußt hat. Die herrlichen Bilder sind durch ihren malerischen Charakter berufen, in ganz Deutschland Freude an der Heimat zu erwecken. In ihnen spiegeln sich so echt in unaufdringlich bescheidener Weise die Wesenseigenheiten deutscher Erde wieder. Dieses handliche anregungsreiche Büchlein zeigt wieder einmal, daß selbst das unbekannteste Fleckchen unserer Heimat in seiner Eigenart ebenso schön ist wie die weltberühmten Sehenswürdigkeiten fremder Länder. Die dem Bilderteil vorangehenden Textabschnitte „Ich seh' die Welt durch meine Linse", „Von der Zugspitze bis zur Donau", „Das Land der Franken und Schwaben", „Zwischen Main und Ruhr", „Im Lande der roten Erde" ergänzen in der Einfachheit der Erzählungskunst und in der musikreichen Art ihrer Sprache in trefflicher Weise die kaleidoskopischen Schönheiten der Bilder. Preis des Buches in Ganzleinen gebunden 3.75 M. Die künstlerische und technische Aufmachung ist ausgezeichnet.

C. B. Schwerla: „Das Faltboot und seine Ausrüstung". Fluß und Zeltbücherei Band 1. 48 Seiten Text mit 25 Abbildungen und mehrfarbigem Umschlag. Preis kartoniert Mk. 1.—. Bergverlag Rudolf Rother, München 19.

Wer das Büchlein aufmerksam liest, weiß, was überhaupt ein Faltboot ist, wie es aussehen und gebaut sein kann, welche Mindestanforderungen es erfüllt, welche Mindestausrüstung es haben muß; diese schwerwiegenden Fragen sind in entzückendem Plauderton derart klar schematisiert, daß der Leser nicht auf bestimmte Fabrikate gedrängt wird, sondern nunmehr bei jedem Fabrikat feststellen kann, ob es für seine Absichten und Wünsche geeignet ist.

Geschäftliches

In dem Schaufenster der **Papierhandlung und Lichtpauserei der Firma Fritz Fischer,** welche ihre Geschäftsräume von der Kaiserstraße 148 (gegenüber der Hauptpost) nach der Kaiserstraße 128 (zwischen Moninger und Waldstraße) verlegt hat, ist auf einige Tage das für das Rheinmuseum in Koblenz bestimmte große Oelgemälde des Herrn Professor Dr. W. Paulcke ausgestellt, welches das Feldberggebiet zur Eiszeit darstellt, und zwar zur Zeit, als die Vergletscherung das sogenannte Titiseestadium einnahm.

Herausgeber und Verleger: **Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei,** Direktor **Wilhelm Johner,** Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Reif, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. H. A. Berger, für Anzeigen und Reklamen: Otto Kraus, sämtliche in Karlsruhe, Steinstraße 17. Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 13.

Zum Volks-Phototag am 26. Juni 1927.

Alb. Glock & Cie.
Photo- und Kino-Spezialhaus
Kaiserstr. 89 — Gegründet 1861 — Fernruf 51
Photo- und Kino-Apparate
jeder Art und in jeder Preislage
Photo-Arbeiten in bester Ausführung innerhalb 8 Stunden

PHOTO Ganske
DAS NEUZEITLICHE SPEZIALGESCHÄFT am alten Bahnhof
TELEFON 2975 * KARLSRUHE * KREUZSTR. 31
Reichhaltige Lager in Apparaten und Bedarfsartikel
Vorführung ohne Kaufzwang — Fachmännische Beratung.
Photoarbeiten Entwickeln Kopieren in 8 Stunden

Nach all den Jahren der Entbehrung und Veräusserlichung will auch der Mensch wieder zu seinem Rechte kommen; er strebt nach Verinnerlichung. Sind nicht die „Muttertage" ein Beweis dessen? Gemeinschafts- und Familiensinn werden wach. Zugleich aber auch ein Bedauern, dass so manche Erinnerung an liebe Verwandte und Freunde verblasst oder gar unrettbar verloren ist. Es ist daher mit Freuden zu begrüssen, dass künftig jeder letzte Sonntag im Juni, erstmalig dieses Jahr der 26. Juni

ein Volks-Phototag

sein soll und werden wird. An diesem Tage soll jeder, der eine Kamera besitzt, seine Familienangehörigen, Freunde und liebe Bekannte photographieren und die Bilder in ein Familienalbum einkleben. Keine noch so lebenswahre Schilderung vermag den Wert einer Photographie zu ersetzen. Und wer noch nicht glücklicher Besitzer einer Kamera ist — auch ihm gelten die Worte — der gehe zum Photographen.

Amateure! Der Tag ist euer! Es ist ein Volks-Phototag. Wer will den Ruf an seinem Ohr unbeherzigt vorbeiklingen lassen? Heraus mit der Kamera! Und wer bisher noch nicht photographiert hat — dieser Tag erleichtert ihm den Entschluss —, der gehe zum Photohändler und kaufe sich eine Kamera; er wird es gewiss nie bereuen. Am Volks-Phototag sollen die ersten Bausteine zu einer möglichst lückenlosen Chronik der Entwicklung des einzelnen Menschen, der Familie gelegt werden.

Photohaus Lumpp
Kaiserstrasse 127 bei der Waldstrasse — Telefon 1265
empfiehlt
Photo-Apparate
in allen Preislagen — Sämtliche Bedarfsartikel
Entwickeln und Abzüge in 8 Stunden

Hermann Hugel, Karlsruhe i. B.
Schützenstraße 12 unweit der Haltestelle der Strassenb. Fernsprech. 2663
GEGRÜNDET 1898
Foto-Handlung
Foto-Apparate
Sämtliches Zubehör
Gewissenhafte Ausführung von Foto-Arbeiten jeder Art.

Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 177 nächst der Herrenstrasse
Fotohaus Veittinger
Grösstes Spezialgeschäft für Liebhaberbedarf
Baden-Baden am Leopoldsplatz

Räumungs-Ausverkauf

von

sämtlichen Nickelwaren

wie

Kaffeeservice
Teeservice
Teemaschinen
Butterdosen
Honigdosen
Brotkörbe
Kannen-Untersetzer
Tabletts, in allen Grössen
Cabarets, Käseplatten

mit **25%** Rabatt

wegen Aufgabe dieser Artikel

Haus Köchlin
Ritterstrasse 5.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster.

Weinstube 3 Lilien

Markgrafenstr. 10 — Telefon 2647

Gut bürgerliches Speise-Restaurant

Empfehle:

Warme Frühstücksportionen v. Mk. 0.60 bis 1.— Prima Mittagstisch für 1 Mk., im Abonnement 80 Pfg. — Reichhaltige und billige Abendplatten. Ausschank von prima Weine, Spezialität: Weiherer-Altenforst und offenes Bier der Brauerei Fürstenberg.

Jeden Samstag und Sonntag ab 7 Uhr: **Familien-Konzert**

Um geneigten Zuspruch bittet

Adolf Kittel und Frau.

Zu verkaufen:

1 Opel-Personenwagen
gebraucht, 6 Sitzer, 8–25 PS, ferner

1 N. A. G. Personenwagen
gebraucht, 4-Sitzer, 9/30 PS, sowie

1 gebr., 4 rädr. Pritschen-Lastwagen-Anhänger
2,5 bis 3 Tonnen zu verkaufen.

Die Wagen sind in fahrbereitem Zustand und 6fach bereift. Angebote unter Nr. 6056 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Breisach Freilichtspiele
TELL
Friedr. v. Schiller
jeden Sonntag
neues Rheinstrombad
Breisach

Wir suchen einen in allen Versicherungszweigen **erfahrenen** 5972

Stadtbeamten

dem der Besuch unserer ausgedehnten Kundschaft in der Stadt Karlsruhe und deren nächster Umgebung obliegt und der auch entsprechende organisatorische Fähigkeiten aufweisen muss, um unser Vertreternetz auszubauen. Bei Bewährung Dauerstellung mit Direktionsvertrag. Schriftliche Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an die

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft
Bezirksdirektion Karlsruhe, Karlsstr. 47

„Meerstern" Privat-Aufbau-Realschule mit Internat
Meersburg a. Bodensee.

Gegr. v. kath. Caritasverband v. Konstanz geleitet von Schulbrüdern v. hl. v. La Salle Einzig schöne und äusserst gesunde Lage erstklass. Einrichtungen. Französ. u. Englisch bes. gepflegt. Gewissenhafte Ueberwachung. Aufnahme von ca. 12 Jahren an.

Tretet der Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes bei!

Sie ermöglicht allen den Besuch **wertvoller Vorstellungen** auf **guten Plätzen** bei **billigsten Preisen.**

Einzeichnungen in der Geschäftsstelle (9–1 und 4–6) Schlossbezirk 5, II. (über Theaterkasse)

Beim städt Wasenmeister Schlachthausstraße 17 werden am Samstag, den 25. Juni 1927, 11 Uhr vorm. folgende Fundhunde öffentlich versteigert:
1 Schäfer m., 1 Deutsch-Kurzhaar m., 1 Rottweiler m., 1 Rottweiler m., 1 Rottweiler m., 1 Rottweiler Bastard m.

Außerdem befinden sich daselbst folgende Fundhunde:
1 Airedaleterrier w.
Nicht innerh. 3 Tagen vom Eigentümer abgeholte Hunde werden getötet bezw. versteigert.

Karlsruhe, 23. 6. 1927.

Städt. Schlacht- und Viehhofamt.

Arbeitsvergebung

Zum Stockaufbau der Isolierabteilung für Scharlach und Diphtherie im städt. Krankenhaus, Moltkestraße hier, sind

Zimmerarbeiten u. Eisenbetonarbeiten

zu vergeben Vordrucke können beim städt. Hochbauamt, Leopoldstraße 10/12, Zimmer Nr. 20 abgeholt werden.

Die Angebote sind daselbst bis Donnerstag, 30 Juni 1927, vorm. 10 Uhr einzureichen.

Karlsruhe, 23. 6. 1927.

Städt. Hochbauamt.

Badisches Landestheater
Freitag, 24 Juni
* F 29 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 501-700 u. 801-900
Schluck und Jau
von Gerhart Hauptmann
Musik von Max Marschalk
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Jon Rand	Leitgeb
Karl	Kloeble
Malmstein	Hofbauer
Sidselill	Moest
Frau Adeluz	Ermarth
Jau	Herz
Schluck	Müller
Hadit	Albrecht
Haushofmeister	Prüter
Narr	Gemmecke
Pelzhändler	Brand
Mädchen	Silber, Merk, Selke, Lautenschläger, Möderl, Dahlen
Jäger	Graf
Barbier	Weidner
Diener	Mehner, Keinath

Anfang 7.30 Uhr
Ende 10 Uhr
I. Sperrsitz 5.— Mk.

Sa., 25. 6. Abschiedsvorstell. Herma Clement: Fräulein Julie. Hierauf: Anatols Hochzeitsmorgen. So., 26. 6. Die weiße Dame. Im Konzerthaus: Mein Vetter Eduard.

Verloren

zwischen Händelstr. 23 und Kaiserallee eine **Perle** (Anhänger)

Der Finder wird gebeten dieselbe gegen gute Belohnung Händelstr. 23 abzugeben.

Pianos

Harmoniums
Sprech-Apparate
kaufen Sie in der Fabrik-Niederlage der leistungsfähigen
Harmonium- und Piano-Fabrik

H. GOLL
A.-G. 4910
Filiale Karlsruhe
Waldhornst. 30
Telefon 6835
In jeder Beziehung vorteilhaft!

Deutsche Turn- u. Sportausstellung 1927 in der Städt. Ausstellungshalle

vom 25. Juni bis 10. Juli 1927
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr abends

Eintrittspreise: 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler u. Kinder

Jeder Erwachsene erhält ein Geschenk

Samstag, den 25. Juni 1927
11 Uhr vorm Feierliche Eröffnung durch den Herrn Staatspräsidenten

D. F. B. Jugendtag

9 Uhr abends Filme der Reichsbahn

Sonntag, den 26. Juni 1926
2 Uhr nachm. Oberrhein — Mainkreis-Regatta des Dt. Kanuverbandes im Mittelbecken des Rheinhafens.
2½ Uhr nachm Karlsruher Pferderennen auf den Rennwiesen bei Klein-Rüppurr.

D. F. B. Jugendtag

9 Uhr abends Lichtbildervortrag: Bad. Jugendherbergen.

Montag, den 27 Juni 1927
7 Uhr abends Turn- und sportl. Vorführungen des Polizeisportvereins
8 Uhr abends „Loheland Gymnastik" Schülerinnen von Frl. Luise Hilger.
9 Uhr abends Filme der Turnergilde des D. H. V.

Die Geschäfts-Verlegung

in mein Haus

Kaiserstr. 128

zwischen Moninger und Waldstr. zeige ich hiermit ergebenst an.

Fritz Fischer, Papierhandlung und Ozalid Lichtpauserei, Fernruf 1072

Die Industrie Reklame,

Werbeschriften, Kataloge, Kunst- und Modeblätter läßt der erfahrene Kaufmann **nur noch in Tiefdruck** herstellen – Verlangen Sie Muster und Preise

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe i. B.**

Berberol-Bohnerwachs

reinigt selbsttätig und wachst zugleich.

Nicht flüssig! Nicht allzufest!

Doppelte Ausgiebigkeit gegenüber gewöhnlichem Bodenwachs.

Berberol-Bohnerwachs ist nach Urteilen langjähriger Bezieher **das einzige nicht schmierende Parkett-, Linoleum-, Fussboden und Möbelwachs.**

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Generalvertretung für Mittelbaden:
Carl Knaebel, Karlsruhe-Mühlburg Gluckstr. 16

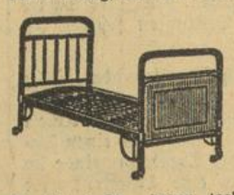
Generalvertretung für Oberbaden:
Paul Merkle, Freiburg i. Br., Baslerstrasse 10

Alleiniger Hersteller:
Otto Berberich Karlsruhe i. B., Chemische Fabrik

TIETZ

4 billige Betten-Tage

von Freitag, den 24. bis inkl. Dienstag, den 28. d. M.



Metall-Bettstellen
für Erwachsene

Bettstelle	braun lackiert, mit doppelter Spiralfedermatratze	15.75
Bettstelle	weiß lackiert 27 mm Stahlrohr Patent-Stahlfedermatr. 90/190 cm	19.75
Bettstelle	wie vorher, jedoch mit Fußbrett	24.—
Bettstelle	weiß lackiert, 33 mm Stahlrohr, Patent-Stahlfedermatratze, 90/190 cm · · · 30.—	20.50
Bettstelle	wie oben, jedoch mit Fußbrett	26.—
Bettstelle	weiß lack., mit reicher Messingverzierung 48.–, 34.—, 26.—	24.—
Messingbettstelle	in einfach u. feinst, Ausführ. 180.–120.–	72.—
Matratzen	90/190 cm, einteilig, mit Keil, Seegrasfüllung	15.25
Matratzen	90/190 cm, 3teilig, mit Keil, Seegrasfüllung, grau-weiß gestreift, Drellbezug	19.—
Matratzen	in allen Arten, Woll-, Kapok-, Kroll- und Roßhaarfüllung billigst.	
Reform-Unterbetten	für Erwachsene · 22.50	18.—
Matratzenschoner	8.75, 8.— bis	4.25
Deckbett	130/180 cm, mit 6 Pfund Federnfüllung · · · · 26.— 19.50, 16.50	14.50
Kopfkissen	80/80 cm mit 2 Pfd. Federnfüllung · · 10.75 7.90 6.90	4.90

Kinder-Bettstellen
in Metall und Holz

Kinderbett	weiß lackiert 70/140 cm 18.— 60/120 cm	15.75
Kinderbett	weiß lackiert, mit doppelt abschlagb. Seitenteilen 70/140 cm	21.—
Kinderbett	weiß lackiert, mit Messingbügel und Knöpfen 70/140 cm 32.50	25.—
Kinderbett	weiß lack., Messingverz. Kopf- und Fußbrett 70/140 cm · · ·	40.—
Kinderbett	Holz naturlack., 70/140 cm 13.50 5/110 cm	11.50
Kinderbett	Holz, weiß lack. 24.– 18.50	15.50
Kinderbett	Holz, weiß lackiert, abklappbar · · · · · 29.— 24.—	20.50
Kindermatratze	(Seegrasfüllung) 9.50 7.25	6.25
Kindermatratze	(Seegrasfüll.), Drellbezug 13.— 11.—	9.75
Reform-Unterbetten	für Kinder 14.50 11.50	10.50
Deckbetten	f. Kinder, mit Federnfüllung 15.75 12.50	9.25

	60/80	50/60	40/60	30/40 cm
Reform-Kopfkissen	7.75	4.75	3.90	2.80

	60/80	50/60	40/50	30/40 cm
Reform-Kopfkissen	14.00	7.75	6.00	3.75

Kopfkissen	für Kinder m. Federnfüllg. 4.20	2.90
Bettfedern	grau · · · Pfd. 2.80 1.80	1.–
Bettfedern	weiß · · · · · Pfd. 5.75 5.50	4.50
Weiße Halbdaunen	· · Pfd. 7.75	6.75
Daunen	weiß Pfd. 12.–, grau Pfd.	7.25
Kapok	rein Java Ia Ia Qualität · · · · Pfd.	2.40
Kapok	füllkräftig · · · · · · · · Pfd.	1.70

Sämtliche Sorten Bettfedern sind doppelt gereinigt und besonders füllkräftig

WILDBAD i. SCHWARZWALD

Staatl. Thermal-Bad. Weltbekannter Kur- und Badeort 430 m ü. d. M. / Linie Pforzheim-Wildbad. Glänzend bewährt bei Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden, Unfallbeschädigungen / Alle neuzeitlichen Kurmittel / Kursaal / Sport / Fischerei / Theater / Bergbahn a. d. 750 m hohen Sommerberg. / Auskunft durch Badverwaltung od. Kurverein

Herren- und Damenrad so gut wie neu Mk. 40.– und 65.– zu verkaufen. Werner, Schützenstr. 55 2

Zimmer und Küche
sucht alleinsteh., reinliche Frau auf 1. Juli, August oder später. Off. unter Nr. 6070 an die Geschäftsstelle d. Bl.

17 jähriges
Mädchen
sucht Anfangsstellung in kathol. Haushalt. Off. unter Nr 6060 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Neues
Herren- und Damenrad
äußerst billig zu verkaufen 6072
Rankestraße 24, II. r

Volks-Schauspiele Kappel am Rhein
Naturbühne bei Lahr
Vom 19. Juni bis 2. Oktober 1927
Der Schwanritter vom Rhein
(Lohengrin)
Romantisches Volksstück nach alten Sagen von Margarethe von Gottschall
Massenszenen-Chöre – Musik – Reigen
Sonntags 2½ bis 5½ Uhr. Plätze: 1.50 u. 2.00 Mk. Vereine im Vorverkauf Ermässigung. Telefonischer Karten-Vorverkauf. Postagentur Kappel a. Rh. Sonntagsfahrkarten nach Orschweier. Ständiger Autoverkehr Orschweier—Kappel — Orschweier. 855

Der Jugend
Reiz und Frische
erhält Du nur durch die extra milde
Relorita-Oelseife Nr. 210
mit dem vollen, weich. Schaum, der die Poren öffnet. Preis 75 Pf. Überall zu haben.
Klement & Spaeth, Ravensburg Württ.